

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Ar. 52.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu bestellen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Poststempelkonto 7718 Köln.

Cöln, den 27. Dezember 1912.

Inserationspreis für die vierseitige Zeitung 30 Pf. Stellengebühr und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palstrasse 14. Telefonnumm. B. 1546. — Redaktionsschluss ist Montag Mittag.

13. Jahrg.

Ein Rückblick.

Ein Jahr standen Kämpfe war das Jahr 1912 für die christlichen Gewerkschaften. Nicht nur zahlreiche Lohnkämpfe charakterisierten das jetzt seinem Ende entgegengehende Jahr als Kampfjahr, sondern auch Kämpfe, die die christlichen Gewerkschaften um ihre Grundsätze und ihre Selbständigkeit zu verteidigen hatten. Unsere Gegner haben uns die Arbeit im Jahre 1912 wirklich nicht leicht gemacht. Wir wünschen wirklich nicht, daß ein Jahr der Zukunft uns ebenso schwierige Aufgaben stellt. Wer den Willen zu positiver Arbeit für die Interessen der Arbeiterschaft hat, kann wirklich nicht den Wunsch haben, daß derartige Kämpfe sich wiederholen. Daß wichtige Aufgaben, die Grund und Ziel unserer Bewegung sind, darunter leiden müssen, ergibt sich von selbst. Allerdings haben die Kämpfe, die die christlichen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen zu führen hatten und die im Jahre 1912 unzweifelhaft ihren Höhepunkt erreichten, dazu beigetragen, daß unserer Bewegung Charaktere erwuchsen. Im Kampfe bildet sich der Mann und in den gewerkschaftlichen Kämpfen sind die Kerntruppen unserer Bewegung derart gestählt worden, daß wir getroffen Mutes in die Zukunft schauen können.

Zunächst bot die Reichstagswahl unseren Gegnern willkommenen Anlaß, gegen die christlichen Gewerkschaften einzugehen. Die Reichstagswahlen haben zwar an sich mit unserer Bewegung nichts zu tun. Die Erkenntnis aus Seiten der Sozialdemokratie, daß sie keinen gefährlicheren Gegner hat, als die christlichen Gewerkschaften, trug unserer Bewegung den günstigen Haß der Sozialdemokratie zu. Und als gar nach der Wahl die Sozialdemokratie im Herzen des industriellen Deutschlands, im Ruhrrevier, eine gewaltige Niederlage feststellen konnte, dann der Einstich der christlichen Arbeiterschaft, da ging der Kampf erst recht los. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Teilkreis der Führerbergieute zu Beginn d. J. eine psychologische Urache in der politischen Niederlage der Sozialdemokratie hat. Der Streik war ein großer Unfall. Deshalb mußte ihn der Gewerkschaftschristlicher Bergarbeiter ablehnen. Wiederum war für die Sozialdemokratie ein „Arbeiterverrat“ der christlichen Gewerkschaften entdeckt und der Kampf gegen unsere Bewegung begann von neuem.

Denn, nach der Pfingsttagung des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine, setzte der sog. Gewerkschaftskreis mit außerordentlicher Heftigkeit wiederum ein. Seine Nachwirkungen und die diesbezüglichen Verhandlungen auf den Kongressen zu Dresden und Essen sind noch in der guten Erinnerung aller christlichen Gewerkschafter. Hoffentlich ist jetzt für immer in dieser Sache Ruhe. Niemand wird behaupten können, daß dazu in unseren Kreisen der ernsthafte Wille fehlt. Nicht immer wird es ja leicht fallen, gegenüber dem denunziatorischen Verhalten von „Sitz Berlins“ Hintermännern, das jetzt wiederum einzusegen scheint, füllzuschweigen. Ein Glück, daß jene Geister nicht über die Machtmittel der Inquisition verfügen. Wenn der Fall wäre, würden den „Regettichern“ nicht genug Scheiterhaufen brennen können.

Der Dresdener, sowie der Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften, die einen so imposanten Verlauf nahmen, haben für alle diejenigen, die es wissen wollten und die notwendige Aufnahmefähigkeit besitzen, vollständige Klarheit über die Grundsätze unserer Bewegung gebracht. Das wird und muß die Wirkung haben, daß die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften in Zukunft in viel besserer Weise ermöglicht wird. Der Dresdener Kongress hatte sich zudem mit einer Reihe von anderen wichtigen Fragen zu beschäftigen, deren Behandlung zeigte, daß unsere Kongresse keine „Quasiparlamente“ sind, nach Art der sozialdemokratischen Parteitage. Der Bewegung, überhaupt der Arbeitersache, ist ohne Zweifel durch den Dresdener Kongress wesentlich gedient worden. An den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften liegt es jetzt, besonders den Aufruf der letzten Kongresses zu beherzigen und danach zu handeln.

Von Bedeutung für unsere Bewegung war die im Laufe des Jahres erfolgte Gründung des nationalen Krankenkassenverbandes. Die vollständige Unabhängigkeit der nicht unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Kassen ist damit gegeben. Der sozialdemokratisch geleitete Krankenkassenverband kann sich fernherin nicht mehr das Prädikat als alleiniger Vertreter der organisierten Krankenkassen geben. Es war auch wirklich Zeit, daß es auf diesem Gebiete zur Bewertung der sozialdemokratischen Schablone kam. — Die erfolgte Neorganisation des Staats-, Gemeinde- und Hilfsarbeiterverbandes, sowie die damit verbundene Gründung eines neuen Land-, Gemeinde- und Militärarbeiterverbandes wird ebenfalls nicht von ungünstiger Einwirkung auf die Entwicklung unserer Bewegung sein.

Mehr wie in früheren Jahren haben im Jahre 1912 die Gelben von sich reden gemacht. Trotz aller Protection der Scharfmacher will es jedoch nicht gelingen, eine gelbe Bewegung in Fluss zu bringen. Gewiß, die Mitgliederzahlen der gelben Verbände steigen — dank der großen Summen und Unterstützungen der Arbeitgeber — aber trotzdem bleiben die gelben Vereine ohne Begeisterung und ohne persönliche Hingabe der Mitglieder. Letztere gehören alle zum Stamme „Ramm“. Wie die letzten Gewerbegebietswahlen in Augsburg und Essen zeigen, sind die Gelben nur eine vorübergehende Erscheinung. Aus der gelben Farbe entwickelt sich schließlich ein gar kräftiges rot.

Unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter hat trotz der erregten Zeit, in die uns das Jahr 1912 brachte, für seine Mitglieder eine außerordentlich umfangreiche Tätigkeit zur Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgeübt. Die große Serien-Larifbewegung im Holzgewerbe konnte mit einem guten Erfolg für die Kollegen beendet werden. Kaum war diese Bewegung abgeschlossen, da ließen die Larifverträge im Ruhrrevier ab. Auch hier wurden für etwa 20 Orte neue Verträge vereinbart, die wesentliche Lohnhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen brachte. Außerdem wurden seitens des Verbandes ein großer Zahl örtlicher Bewegungen geführt, die allgemein kaum mit einem geringeren Erfolg endeten.

So konnten denn auch die Delegierten beim Verbandsstage zu Barmen ihre Befriedigung über den Erfolg der bis dahin geführten Bewegungen zum Ausdruck bringen. Der Verbandsstag selbst schloß sich in würdiger Weise seinen Vorgängern an. Brachte er auch, gleich anderen, keine Erhöhung der Beiträge, so zeigte er, daß die Verbandsmitglieder in Zeiten der Not gewilligt, erhöhte Opfer für ihre Organisation zu bringen. Zugängigen brachte der Verbandsstag eine bedeutende Verbesserung unserer Unterstützungs- und Beitragswesens, sowie eine gelungene Lehrlingsfrage beider Dinge, von denen man nach der agitatorischen Seite hin gute Fortschritte versprach. Daß als weitere Hauptberatungsgegenstände die Heimarbeit und die Arbeitsnachweisfrage auf der Tagesordnung Verbandsstages standen, ist unserer Sache ebenfalls wohl förderlich gewesen.

Mit dem besten Willen, u. Verband so zu stärken, daß im Jahr 1914, wenn erum die Delegierten des Verbandes zusammenentreten, Mitgliederzahl von 20 000 erreicht ist, sind die Teilnehmer des Verbandsstages von Barmen geschieden. Ob's das gesteckte Ziel zu erreichen, und werden alles daran setzen nicht, daß wir bereits in die Zeit der abschlägigen Wirtschaftskonjunktur hereingeraten sind und solche Seiten erfahrungsgemäß den gewerkschaftlichen Aktionen ostnals eher Rückschläge als Fortschritte / Entwicklung bringen. In einer solchen Zeit da müssen alle Kräfte angepannt werden, soll der nächste Verband das gesteckte Ziel vor sich liegen haben.

Die Entwicklung des Verbandes im Jahre 1912, war nicht gleich gute wie im Vorjahr. Die Mitgliederzunahme etwa 1500 betragen, sodass wir in das Jahr 1913 mit 18 000 Mitglieder eintreten. Die Vermögensentwicklung des Verbandes blieb in ziemlich normalen Bahnen, mit einem Gesamtvermögen von etwa 1/4 Millionen M.

Das Jahr beendet, da steigen schon Sturmzeichen für das bisher zu verzeichnen hatten, ist durch die Kündigung ancheinend, weil sie auf eine minder gute Konjunktur hindeutet, haben die Arbeitgeber des Bauwesens als bisherigen Verhandlungen zwecks Neuabschlusses Beiträge, Angebote gemacht, mit denen die Kollegen zufrieden geben können. Bringt die kommende im Holzgewerbe ziemlich sicher. Diesen Kampf Erfolge zu erzielen, werden sie alles tun, was geeignete ist. Die Stürme des Jahres 1912, so sehr getobt haben, haben nicht vermocht, unsere Organisation zu erschüttern. Stärker wie vordem steht der Verband. Seien, daß er auch der Stürme und Kämpfen der

Zeit ist gut. Durch Beschluss des Gemeindeverbandes können nun allgemeine Ortskrankenkassen (und Landkrankenkassen) neu errichtet werden (§ 231). Das Einf. Gesetz zur R.-B.-O. sieht aber auch in Art. 15 die Ausgestaltung einer bereits bestehenden gemeinsamen Ortsklasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse vor. Sowohl diejenigen Kassen, die alle Ortskrankenkästen umfassen, wie auch die gemeinsame Ortsklasse, die bereits einen großen Teil der nach dem R.-B.-G. Ortskrankenkästenpflichtigen des Bezirks umfassen, können zu einer allgemeinen Ortskrankenkasse ausgestaltet werden.

Neben der allgemeinen Ortskrankenkasse können nach § 239 ff. R.-B.-O. besondere Ortskrankenkassen zugelassen werden.

Auf diesem Gebiete wird es nun ohne Zweifel zu manchen Auseinandersetzungen kommen. Unter dem Vorsitz des Geh. O. Reg.-Rates Dr. Hoffmann aus dem preußischen Handelsministerium haben nämlich in den letzten Wochen Sitzungen bei den Regierungspräsidien stattgefunden, in denen man Beschlüsse gefaßt hat, mit wenig Rücksicht auf die Anträge wegen Ausgestaltung zu allgemeinen Ortskassen oder Zulassung als besondere Kasse, zur Gründung von neuen allgemeinen Kassen überzugehen. Daneben wurde aber auch der Gründung von Landkrankenkassen im westlichen Teile der preußischen Monarchie zugestimmt.

Das Bestreben nach Centralisation seitens der preußischen Zentralregierung geht aber auch so weit, daß der Ministerial-Erlaß den klaren Wortlaut der R.-B.-O. ins Gegenteil verkehrt. Die Auslegung der R.-B.-O. durch den Ministerial-Erlaß ist daher von größerer Tragweite. Zunächst ist festzuhalten, daß der Art. 15 des Einf. Gesetz zur R.-B.-O. im Abs. 2 ausdrücklich die Ausgestaltung einer gemeinsamen Ortskrankenkasse zur allgemeinen Ortsklasse vorstellt, wenn diese bereits einen großen Teil der Ortskrankenkästen umfaßt. Im fraglichen Ministerial-Erlaß heißt es nun:

„Ausgestaltet werden dürfen serner nach dem klaren Wortlaut des Art. 15 Abs. 1 Einf. Gesetz nur Ortskrankenkassen, deren Bezirk mit dem Bezirk der demnächstigen allgemeinen Ortskrankenkasse übereinstimmt. Bei freier Auslegung des Art. 15 Abs. 2 würde allerdings die hier bezeichneten Kassen berechtigt sein, sich unter Erweiterung ihres Bezirks auszudehnen. Als gesehen von anderen Erwägungen würde es aber widersinnig sein, die in Abs. 2 bezeichneten Kassen anders als die in Abs. 1 erzeugt zu behandeln. Es darf daher nur solchen Kassen die Genehmigung zur Ausgestaltung nach Art. 15 Abs. 1 erteilt werden, deren Bezirk sich mit dem Bezirk der in Ansicht genommenen allgemeinen Ortskrankenkasse deckt. Die Gemeindeverbände haben in allen Fällen, in denen mit der Ausgestaltung eine Erweiterung des Bezirks verbunden sein würde, die Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse zu beschließen. Tun sie dies nicht, so hat das O.-B.-Amt die Errichtung anzuordnen (§ 232) und wenn diese Anordnung nicht befolgt wird, die Kasse selbst zu errichten.“

Diese Auslegung ist völlig frei und durch das Gesetz nicht begründet. Man denkt z. B., daß in einer größeren Stadt bereits eine gemeinsame Ortsklasse besteht, daß dann später infolge Eingemeindung ein kleiner Ort mit einer eigenen gemeinsamen Ortsklasse angegliedert wird. Dann müßte nach der ministeriellen Anordnung die große Kasse sich auflösen, weil inzwischen der Bezirk der B.-A. um ein kleineres größeres geworden ist. Sie müßte sich auflösen, auch wenn sie eine ausgezeichnete Verwaltung mit den besten Leistungen hätte. Das kann der Gesetzgeber nicht gewollt haben.

Zu den obengenannten Sitzungen der Ministerial-Vertreter mit den Regierungs-Vertretern ist aber bereits beschlossen worden, bestimmte allgemeine Ortskassen, sind wegen „Gefährdung“ der neuen allgemeinen Ortsklasse unter Verzicht auf § 240 Abs. 2 und § 242 zu schließen.

Der Ministerial-Erlaß gibt hierzu auch eine besondere rein subjektive Auslegung, indem er sagt: „In der Regel ist davon auszugehen, daß der allgemeine Krankenkasse oder der Landkrankenkasse mindestens 1000 Personen verbleiben“ (bei Zulassung der vorhandenen Ortskassen). Diese Auslegung des Ministerial-Erlaßes entspricht durchaus nicht den Intentionen des Gesetzes. § 242 R.-B.-O. sagt ausdrücklich, daß die (neue) allgemeine Orts- oder Landkasse dann insbesondere als gefährdet gelte, wenn dieser durch das Bestehenbleiben anderer Kassen nicht mindestens 250 Mitglieder verblieben. Diese Zahl auf mindestens 1000 zu erhöhen, ist nun irgendwo eine materielle Voraussetzung vorhanden. Man muss sich hierbei auch erinnern, daß in dem Entwurf zur R.-B.-O. zuerst das Wort „bedeutend“ vorstand. In der 2. Kommissionssitzung ist dieses Wort durch „gefährdet“ ersetzt worden, weil der Begriff „bedeutend“ dehnbar ist und einer willkürlichen Auslegung der Boden entzogen werden sollte. Der Erlaß des Ministerial ist aber eine willkürliche Auslegung der klaren Bestimmungen.

Dieses allgemeine Auflösen der bestehenden Kassen vor aber insofern auch seine Bedenken, weil der Gemeindeverband die Sitzung der neu zu errichtenden allgemeinen Ortskasse beschließt. Wie die Sitzung ausfällt, kann den Versicherern wahrscheinlich nicht gleichgültig sein. Hat das Stadtverordnetenkollegium, der Kreistag oder Bürgermeisterei eine fest

Zentralisation der Ortskrankenkassen.

Die R.-B.-O. und den Erlaß der preußischen für Handel und Gewerbe und Landwirtschaft vom über 1912 ist eine weitgehende Zentralisation der Kassen vorgesehen. Der Gedanke der Zentralisie-

politisch rückständige Mehrheit, so wird es schwer sein, eine gute Satzung zu erzielen. In vielen Fällen wird man die Regelleistungen als Unterlage nehmen, schon mit Rücksicht auf die Innungs- und Betriebskassen mit geringeren Leistungen, um diese nicht zu „gefährden“. Diese müssen nämlich spätestens 6 Monate nach Errichtung der allgemeinen Ortskasse gleichwertige Leistungen wie diese aufweisen oder sich auflösen. Für die Mitglieder dergleichen Kassen, die bis dahin bereits auf größere Mehrleistungen Anspruch hatten, wäre das ein schwerer Rückschlag.

Bei dieser Sachlage gibt es für die Vorstandsmitglieder der bestehenden Ortskassen zwei Maßnahmen. 1. Der Antrag auf Ausgestaltung als allgemeine oder Zulassung als besondere Kasse ist vor dem 1. Januar 1913 zu stellen und eventl. durch alle Instanzen durchzufechten. 2. Die Vorstandsmitglieder der bestehenden Ortskassen treten schon jetzt in eine Prüfung der Frage ein, ob nicht eine Schließung vorhandener Ortskassen und Neugründung einer allgemeinen Ortskasse die beste Lösung ist. Auf jeden Fall aber sollen die Vertreter ihre Mitwirkung nicht versagen, wenn die Gemeindebehörde die Säzung einer Ortskasse beschließen will, damit kein sozial-politischer Rückschritt erfolgt. Über die Zulassung als besondere Ortskasse hat der Gemeindeverband nicht zu befinden. Diese Frage wird vom Versicherungsamt geprüft und begutachtet und vom Oberversicherungsamt entschieden. Gegen die Ablehnung ist die Beschwerde an den Minister einzureichen. Die Arbeitervertreter in den Ortskassen haben daher alle Ursache, ihr ganzes Augenmerk in diesen Wochen darauf zu richten, daß einer Verschlechterung der Rechte und Leistungen in den Ortskassenkassen vorgebeugt wird.

Der Kampf gegen eine Volksseuche.

Trotz der Fortschritte der medizinischen Wissenschaft und der Vermehrung der ärztlichen Kenntnisse, bilden die Krankheiten der Lunge und der Atmungswege immer noch die größte Gefahr für Leben, Gesundheit und Arbeitskraft unseres Volkes. Auch der Jahresbericht 1911 des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz bestätigt, daß diese Krankheiten die häufigsten Ursachen der Invalidität sind. Die genannte Versicherungsanstalt nimmt unter allen Einrichtungen der Invalidenversicherung die erste Stelle ein. Sie umfaßt mehr Versicherte als irgend eine andere Anstalt und erfreut sich über ein Gebiet, das in wirtschaftlicher Beziehung am meisten hervorzuheben ist. Die Feststellungen sind daher von ganz besonderer Bedeutung.

Im Jahre 1911 waren im Bereiche der Landesversicherungsaufsicht Rheinprovinz von den 9646 Fällen, in denen die Invalidität erkannt wurde, 3043 Fälle, in denen die Ursache Krankheiten der Lunge, Lungenschwindsucht und Krankheiten des Nervensystems waren. Das sind allein 32 von Hundert aller Invaliditätsfälle. Eine außerordentlich hohe Rüttel. Wer mag hier ganz besonders ins Auge fassen, daß das Invalidentheringungsgegesetz Invalidität erst dann anerkennt, wenn der Befürchtete bereits $\frac{2}{3}$ seiner Erwerbsfähigkeit verloren hat. Erst dann, „wenn der Befürchtete nicht mehr in der Lage ist, $\frac{1}{3}$ desjenigen zu verdienen, was Arbeiter seiner Art mit einer üblichen Ausbildung und in seinem Alter in der betreffenden Gegend im allgemeinen zu verdienen pflegen.“ ist eine Vorurteilsung für die Invalidität im Sinne des Gesetzes vorhanden. Beinahe zu einem Drittel aller neuen Invalidenträger des Jahres 1911 in der Rheinprovinz waren bestrebt die Krankheiten der Lunge bereits fortgeschritten, so daß die betreffenden Personen für das Wirtschaftsleben nicht mehr wesentlich in Betracht gezogen werden

konnten. Von den 3043 obengenannten Fällen waren allein 1837 Fälle, in denen die Ursache der Invalidität Lungen-tuberkulose, 1038 Fälle, in denen Lungenerkrankheit die Ur-sache war.

Es handelt sich hier demnach um eine wahre Volksseuche, deren Bekämpfung nicht eifrig genug betrieben kann. Ein Schularzt im Kreise Solingen schreibt: „Besonders betrübend ist wieder die Zunahme der Lungenentuberkulose unter den Schulkindern. Man kann ruhig behaupten, daß die Hälfte der Kinder tuberkulös ist.“ Es ist notwendig, die Bekämpfung der Tuberkulose schon im Kindesalter einzuleiten. Eine Fürsorgestelle für Lungenkrante im Landkreis Krefeld weist erneut auf die Wichtigkeit der Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter hin. „Die Arbeit an den Kindern ist auch Arbeit der Erwachsenen. Bei 165 erwachsenen Tuberkulosekranken im Kreise Krefeld-Land ist die Krankheit am häufigsten zwischen dem 21. und dem 40. Lebensjahr aufgetreten. Aus dem Kreise Eichem wird berichtet, daß die Tuberkulose in diese in völlig lääufigen Kreise sehr verbreitet ist. Der Bericht der Landesversicherungsanstalt sagt: „Je mehr die Fürsorgearbeit zur Bekämpfung der Tuberkulose in den Landkreisen zur Durchführung gelangt, desto erschreckender tritt die Verbreitung der Tuberkulose auf dem Lande in die Erscheinung. Niemals mehr stellt sich heraus, daß die unzureichenden Wohnungsverhältnisse die Hauptschuld hieran tragen. Das Letztere wird insbesondere bestätigt aus den Kreisen Neuß, Essen und Düsseldorf.“

Ein ganz besonderes Mittel der Tuberkulose-Bekämpfung steht vor wie nach die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der unteren Volkschichten. Darüber soll jedoch hier weiter nichts gesagt werden. Wichtig ist für uns zunächst die Frage, wie den Tuberkulosen-Kranken geholfen werden kann. Es ist da zunächst besonders auf die Tuberkulose-Fürsorge und Landkrankenpflege hinzuweisen, die bereits in 26 Kreisen der Provinz eingerichtet ist. In 10 weiteren Kreisen ist eine Organisation im Entstehen. Von den 61 Landkreisen der Rheinprovinz sind danach 36 Landkreise der Tuberkulosen-Fürsorge näher getreten. 25 Kreise stehen somit noch aus. Der Bericht sagt: Im Jahre 1911 starben in den Landkreisen der Rheinprovinz, mit Fürstentum Birkenfeld und den Hohenloherischen Landen, annähernd 8000 Personen an Lungen- und Kehlöffertuberkulose. Diese große Zahl von Tuberkulose-Sterbfällen in den vorwiegend ländlichen Bezirken tut am besten die Notwendigkeit der Fürsorgearbeit dar. Da als Zahl der tuberkulosen Kranken das zehnfache der Sterbefälle anzunehmen kann, muß man mit 8000 tuberkulosen Kranken allein in diesen Verwaltungsbezirken rechnen.

Reben den §§ 6 und 7 der Versicherungsordnung erfüllen. Neben den §§ 6 und 7 der Versicherungsordnung erfüllen die nach Bedarf von der Landesversicherungsanstalt unterstützten Beratungen bei Tuberkulose und dem, im Jahr 1909 erreichten Tuberkulose-Bau und seinem Ausbau, die Landesversicherungsanstalt gewährt aber auch, als freiwillige Leistung ein Heilverfahren, wenn dadurch der drohenden Invalidität vorbeugeigt oder vorhandene Invalidität beseitigt wird. Aussichtslose Fälle werden daher nicht übernommen. Infolge einer mangelnden Anfälligkeit treten viele Kranken erst dann mit Anträgen an die Versicherungsanstalt heran, wenn eine Heilbehandlung wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolg mehr bietet. Der letzte Jahresbericht sagt darüber: „Es ist vorausgenommen worden, daß seitens der Versicherten aus landwirtschaftlichen Kreisen von der Berechtigung, die Einleitung eines Heilverfahrens zu beantragen, nicht in dem Maße Gebrauch gemacht wird, wie es die Zahl dieser Versicherten und den gesundheitlichen Verhältnissen der Landbevölkerung nach anzunehmen wäre. Dies ist wohl mit darauf zu-

rückzuführen, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Einleitung von Heilverfahren und die Voraussetzungen, unter welchen die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren übernimmt bei der Landbevölkerung immer noch nicht genügend bekannt sind und das nicht durchweg Krankenkassen vorhanden sind, welche in den industriellen Bezirken der Versicherungsanstalt für die Bekanntmachung und Anwendung des Heilverfahrens so erfolgreich gewirkt haben. In der letzten Ausschusssitzung der rheinischen Landesversicherung wurde daher von einem Vertreter der Versicherten der wiederholte Vorschlag gemacht durch Ausstellung eines künstlerischen Plakates in den Wartträumen der Krankenkassen, Aerzte usw. auf das Heilverfahren hinzuweisen. Ein solches einheitliches Plakat würde die Bevölkerung in ähnlicher Weise aufklären, wie es durch allerdings unfärblerischen Plakate der Mädchenschutzvereine in den Eisenbahnwagen geschieht. Von einem rechtzeitigen Einsetzen des Heilverfahrens hängt sehr viel ab. Die in den Jahren 1906, 1908, 1910 und 1911 seitens der rheinischen Landesversicherung durchgeföhrten Heilverfahren bei Lungen- und Kehlkopftuberkulose hatten großen Erfolg. Von den 15 223 Männern wurden 12 693 oder 83% und von den 4802 Frauen wurden 4209 oder 88% mit Erfolg behandelt. Die Zahlen bei allen deutschen Versicherungsanstalten, zusammengekommen, für die Jahre 1906, 1908 und 1911 sind fast die gleiche. Die Bekämpfung der Tuberkulose macht erfreuliche Fortschritte.

Noch im Jahre 1907 waren die genannten Krankheiten der Lunge, Lungenschwindsucht und Krankheiten der Atmungswege mit 37 v. H. der Invaliditätsfälle im Bereich des B. A. Rheinprovinz beteiligt. Die Verhältnisziffer sank 1908 auf 35,5; 1909 auf 35, 1910 auf 33 und 1911 auf 32 v. H. Bei vermehrter Aufklärung und Hand in Hand arbeiten all interessierten Kreise wird der Kampf gegen diese Volkserkrankungen mit noch größeren Erfolgen geführt werden können.

Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung

Die deutsche Arbeiterversicherung macht sich in ihren Wirkungen auf die Lage der Arbeiterschaft sowie der Volksgesundheit im Allgemeinen in dem segensreichen Maße bemerkbar, daß sich auch die Sozialdemokratie derselben nicht mehr entziehen kann, und aus ihrem Lager eine Stimme nach der andern kommt, die die hohe Bedeutung der deutschen sozialen Versicherung notgedrungen anerkennt. „So in der letzten Nummer (24) der Sozialdemokratischen Monatshefte, wo der sozialdemokratische Reichstagabgeordnete für den Wahlkreis Bittau, Edm. Fischer, sich in ausführlicher Weise lobend über die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung ausspricht.

„Es gibt heute wohl auch Niemand mehr“, so beto
hier der Abgeordnete Fischer, „in der Sozialdemokratie, da
den Versicherungseinrichtungen jeden Wert absprechen od
schnen eine nur geringe Bedeutung beimessen wollte. Ein
der zugkräftigsten Argumente ist im letzten Wahlkampfe (190
die Behauptung gewesen, daß die Sozialdemokratie 188
gegen das Krankenversicherungsgesetz, 1884 gegen das Un
fallversicherungsgesetz und 1889 gegen das Alters- und In
validenversicherungsgesetz gestimmt habe“, so heißt es in ein
von der sozialdemokratischen Partei nach den Wahlen 190
herausgegebenen Flugschrift, die sich bemühte, nachzuweisen,
daß die Sozialdemokratie „steis Anhänger der staatlichen
Arbeiterversicherung“ war, und sie nie den Grundgedanke
sondern nur die Art der Ausführung bekämpft habe. Rich
teigt, so bemerkt dazu Fischer, deutlicher als die Notwendigke
it dieser Beteidigungsschrift, daß der Wert der Versicherung
einrichtungen auch von den Maßen der Arbeiter erfan

gestiftete Bruderschaft. Aus den Erträgnissen ihrer Büchse (Gellenkasse) bereicherteren sie den großen Weihnachtsbaum vor der Hertenstube des Spitals, der bis zum Neujahrt unbetuhelieb. Dann aber trugen sie, unter Vortritt ihres Fahnenträgers und der Musik eine große Brezel durch die Stadt, welche sie den Armenvater überreichten, worauf der Altgeseß die Ehre hatten mächtigen Baum zu schütteln, dessen in Bachwerk, Obst und bestehenden Früchte, von den Armen aufgelesen wurden. Sofort wurde nun auch der Wein freudenzt und der Tanz begonnen welcher mit der Armenmutter eröffnet wurde, die gegenseitig ihren Tänzer mit Stroh und Band beschwinkte.“

Die Gesellschaft verstand es aufs Beste, nach der Woche ihrer Arbeit frohe Feste zu feiern. Ihre übertschämmende Freude am Dasein äußerte sich in den mannigfachsten derb-trüflichen Gesellenlustbarkeiten. Die vorstehend beschriebene, eigenartige und herzliche Weihnachtsfeier, die der Weihnachtstümung so angepaßt war, aber läßt erscheinen, daß in der Brust dieser untrüglichen „Snechte“, deren Los selbst doch sicher in alter Zeit nach Haus kein rosiges war, auch das Gefühl für Edles und Gutes in schönster Weise regte war. „Edel sei der Mensch, hübsch und gut.“ Diese einfachen Gesellennaturen nahen in schlucht

Freiburg war auch sonst eine günstige Pflegestätte für Gesellenfeiern und wirkungsvolle Gesellenbruderschafts-Aufzüge, überhaupt für seßliche Veranstaltungen. Jedes Jahr feierten die Handwerksgesellen ihre „Lichtbräten“ zwei Tage lang unter Umzügen und Tänzen und jede Bruderschaft hielt ihr Jubiläum und feierte Schenken. Im einzelnen verdienen besondere Erwähnung die Stephanier-Bruderschaft der Schneidergesellen und „Rüsternechte“, die ihr Hauptfest im Juli feierte, zur selben Zeit wie auch die St. Anna-Bruderschaft der Wundärzte, Bader, Huter, Webet usw. Von den Rüstern oder Fußbindern veranlaßt die Freiburger Chronik im besonderen, daß sie bei der Begegnung der Königin Maria Antonette nach Frankreich ihre alten mehr vor kommenden Feiertage in althergebrachter leichter Kleidung unter der Fackelzahne auszuführen die Ehre hatten. Die Grünthalbrüder hielten auf ihrem Hauptfest im Oktober mit Säulen und Trompeten ihren Umzug durch die Stadt, die Stephanusbruderschaft der Schneider 1480 als Gelöbnis

(durch den damaligen Besitzer gefüllt) beginnend am 1. Januar.

Ein Gesellen-Weihnachtsfest und Neujahrsfest.

(Ein Ritterville und der Berggeist.)

H. Kr. Die Freie und Feste der Gejellen und ihre öffentlichen Versammlungen, die gerne vor einem Volke auf freien Plätzen und Straßen aufgeführt werden, brachten in den arbeits- und wissenschaftlichen Zonen der früheren Sachsenlande eine angenehme Abwechslung an der die ganze Bevölkerung, deren Sitten ja der Sachsenlandes Bild, freudigen Anteil wünscht. So hat heimatliebster Sachsen ein passende höfliche, höfliches, verstandiges Leben und eine überzeugende Gnade am Dasein, die in ihrer Freiheit und Freiheit zum Nutzen ist. „Freier und lustig, kann das Werken eines verfeinert, mögten die Gejellen in ihrer Fähigkeit ihre Freie zu den Schöpfungen in den Städten zu machen und in die Einigkeit des wissenschaftlichen Zonen ein angenehmes Studium eingeführen.“ So hofft der berühmte Sachsenfürst Friedrich von Sachsen und erneut zur Freiheit begegnen an den geistigen und sozialen Höhe der Brauer-gejellen in Freiburg, an den originalen Erziehung der Gejell-terie (Schäfer-gejellen) zu Steinberg, an den Gejell-terien der Bädergejellen, das große Maßtrachten der Fleisch-gejellen, der Schäfer- oder Schäfer der Bädergejellen in den verschiedensten Städten, sowie endlich an den schönen Weihnachtsfesten der Brauer-gejellen zu Freiburg i. Breisgau.“ Die Freie Freie sind auch annehmlich verhandelt. Mit weinen und Tränen auf den künftigen Erfolgung der Steifferschwiebe und des Turnier der Blätter et in Steinberg, auf den künftigen Turnier der Ratsschwiebe und Kapfer schwiebe, bei einem der Schlossfesten der Gejelle ganz Freuden der Gejelle und Freuden der Gejelle einer Stadt voll Freuden der Gejelle in Kriegerischen Freuden durch die Gejelle zu tragen und dann in die Freuden zu gehen; wie ebenso jetzt an die Umfrage der Schreiner-gejelles und ihres originalen mit dem „Festen“, an die Umfrage der Kaufmänner und Kappes und Körner der Gejelle der verschiedenen Sachsenlande und Sachsen, sowie möglich an die Umfrage nach dem „guten Flaming“ der Gejellegruppe in den verschiedenen Sachsenlanden.

„Deshalb ließt du mich nicht mit den Freunden aus
wunderlichen Dingen und Gedanken beschäftigen, aber auch bei jüngsten
Unternehmungen warst du stets dabei, um meine Schilderungen, denen bei
dieser Gelegenheit einiges zu geschehen schien, zu bestätigen.“

the, kurz zu jeder Jahreszeit fand die Bevölkerung das farbenreiche Bild anziehender und abwechslungsreicher Gesellschaften geöffnet. Gern beteiligte sich nämlich die Reisung der frisch-fröhlichen und heiter sonderbaren Gesellschaft, ihre Zusammengehörigkeitsgefühl und ihren Geselligkeitszusammenhang durch gemeinsames Feiern und öffentliche Feiern vor aller Welt hinzugeben, und es entstand unter den Gelehrten der verschiedenen Gewerbe ein wichtiger Reiter, wodurch und in die Augen fallende, glanzvolle Anhänger Anhänger zu erlangieren. Noch bis in die Neuzeit haben sich Nachfolger solcher althergebrachter Brüderlichkeiten erhalten und bei diesen feierlichen Versammlungen sieht man jene freilich selten vereinbarten Gesellschaftsbrüderlichkeiten und Zugehörigkeiten, wie z. B. den Brüderlichkeit der Schützen immer noch mit besonderem Wohlgefallen. Sie betreiben u. a. auf die originellen Wettkämpfe der Bäcker und des häusliche Tadrennen der Wagner beim Münchener Maibaumfest. Das Weihnachts- und Neujahrsfest allerdings eignet sich schweren ganzen Charakter nach mehr zu Feiern feierlicher Natur, wie sie ja hauptsächlich in Gesellschaften eine so rohe Rolle spielen, wie Theatervorführungen, Schriftkunstausstellungen und ähnlichen Versammlungen nicht familiärer Art. In jüngster Zeit jedoch fehlten aber auch in dieser Zeit des Abends die öffentlichen Anhänger nicht und die Schönheiten der befreundeten Gesellschaften bereiteten am von wichtigsvollen Neujahrsnuzungen¹⁾, welche die gelehrten Gelehrten veranstalteten. So sind z. B. in Nürnberg jeweils am Neujahrsfest der Übergang der Tuftschaft statt, wonit ein Fahnenzug verhindert war. Die Tuftschaften fanden dabei in diesem feierlichen Zusammenschluss mit sich Kron, Zepter und zwei barockeckige Kreuze, angeführt von Grand eines Prinzen als V. zur Belohnung für ihre Schritte auf dem Feldzuge zwischen gegen Spanien Sachsenha im Jahre 1535. (Ein wunderschöner, der bei Weihnachtsfeier der Tuftschaft (1769) vorgetragen, befindet sich in der Nürnberger Stadtbibliothek, eine Replik ist ebenfalls bestehend im 2. Band der *Nurembergischen* zur berühmten *Wittelsbacher*). Besonders hübsch und schön war dies aber

„In der Stadt bei M. Gattipani über Ende des späten
Sommer fanden hier Festzüge statt, welche im Jahre 1465

„Hier möchten wir weiter auf die eingangs genannten Beispiele
einer nach Beobachtungen der Bruxereffekten im Schlaf her-
angehen, die aber nicht den Standard von Spontanmedikamenten tragen.“

verde. Fischer geht dann die einzelnen Versicherungszweige bez. ihrer Leistungen durch unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirkungen auf die Volksgesundheit. Man sieht nach dieser Richtung hin nur an den engen Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Wohnungsnoten. Wenn aber zwecks Bekämpfung der ersten auf dem Gebiet des letzteren gute bisher Anerkennenswertes geschehen könnte, so war das nur möglich mit Hilfe der Invalidenversicherung, mit den 10 Millionen Mark billiger Darlehen, die bis Ende 1910 für die Arbeitervorhöfe bewilligt worden sind.

Auch sonst fehlt es in den Ausführungen Fischers nicht in lobenden Neuerungen. Wohl besonders bemerkenswert sind jene über die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung, einmal weil hier Fischer die bisherigen Leistungen und Erfolge für einen längeren Zeitraum zusammenfaßt, so kann aber, weil sich gerade auf diesem Gebiete in Zukunft noch Großes erwarten lässt. Der Umstand ferner, daß gerade über die Heilbehandlung die Sozialdemokratie gerne hinweggeht, pflegt, rechtzeitig es, diese Darlegungen Fischers ausführlich wiederzugeben. Unbestritten dürfte es sein, so schreibt er hier, daß die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung heute schon von außerordentlich großer Bedeutung ist; vielleicht stellt sie die wertvollste Einrichtung der Invalidenversicherung dar. Die Abnahme der Tuberkulose in Deutschland ist nicht zuletzt dieser Heilbehandlung zu danken. Es werden aber nicht nur Tuberkulose in Heilbehandlung genommen, sondern auch Personen, die an Rheumatismus, Gicht, Herzkrankheiten, sonstigen Lungentrankeiten, Blutarmut, Nervosität, Harr- und Geschlechtskrankheiten, Trunkucht sowie Zahnschmerzen leiden. Es bestehen bereits in Deutschland 138 Lungenheilstätten für Erwachsene mit 14.079 Betten. Bei einem durchschnittlichen Aufenthalt von drei Monaten können jährlich 56.000 Lungenkranken in ständige Heilbehandlung genommen werden. Die Heilbehandlung Tuberkulöser erfolgt aber nicht ausschließlich in den Lungenheilstätten der Versicherungsträger und in privaten Kurheilstätten, sondern auch in Kurorten und teilweise in Bädern. Andere Kränke werden in Genesungsheimen, Krankenhäusern, Kliniken, orthopädischen, medikomechanischen Anstalten, Heilstätten für Geschlechts- und Alterskrankheiten, Wasserheilstätten, Luftkurorten und in See-, Mineral-, Schwefel-, Moor- usw. Bädern behandelt. Bis zum Jahre 1910 einschließlich sind im ganzen 733.315 Personen mit einem Kostenaufwand von 177.811.107 M. behandelt worden. Davon entfallen auf das Behandlungsjahr 1910 allein 114.310 Personen mit einem Kostenaufwand von 26.593.569 M.

Die meisten dieser Personen waren, so bemerkt Fischer weiter, auch in einer ständigen Behandlung, d. h. in einer Anstalt, einem Kurort, usw. untergebracht, während die nichtständigen Heilbehandlungen nur in einer längeren Behandlung in der Sprechstunde des Arztes und in der Gewährung von Heilmitteln, künstlichen Gliedern usw. bestehen. Bis zum Jahre 1910 einschließlich waren 318.089 Tuberkulöse, 868 Lupuskranken und 283.919 andere Kränke in ständiger, 3835 Tuberkulöse und 126.604 andere Kränke in nichtständiger Behandlung gewesen. Im Jahre 1910 wurden 45.609 Tuberkulöse ständig und 1108 nichtständig behandelt, daneben 189 Lupuskranken, 38.001 resp. 29.403 andere Kränke. Ueber einstimmend wird bestätigt, daß die Heilbehandlung sehr gut ist, die Heilstätten auf das Beste eingerichtet sind. Die zahlenmäßigen Angaben über die Erfolge dieser Heilbehandlung sind zwar nicht unbestritten. Im Jahre 1910 soll von 41.420 Tuberkulösen, die in ständiger Heilbehandlung waren, bei 37.335 oder 90 Prozent ein Erfolg erzielt worden sein, von 1112 Lungenüberkuloseverdächtigen sogar bei 1086 (98 Prozent). Von 178 Lupuskranken sind 153 (86 Prozent), von 36.975 anderen Kränken 32.719 (80 Prozent) mit Erfolg behandelt worden. Es wird nun eingewendet, und das ist richtig, daß diese Erfolge in vielen Fällen nicht von Dauer seien. Aber es ist doch auch festgestellt worden, daß für die 1905 Behandelten am Schlusse des Jahres 1906 ein Dauererfolg von 63 Prozent bei Männern und 71 Prozent bei Frauen, für die 1907 behandelten am Schlusse des Jahres 1908 ein Dauererfolg von 64 Prozent bei Männern und 69 Prozent bei Frauen, und für die 1909 Behandelten am Schlusse des Jahres 1910 ein Dauererfolg von 68 Prozent bei Männern und 71 Prozent bei Frauen zu verzeichnen war, die Dauererfolge also bei Männern um 5, bei Frauen um 4 Prozent gestiegen waren. Am Ende des Jahres 1910 sinken die Dauererfolge der 1905 Behandelten (also nach 5 Jahren) allerdings bei Männern auf 41, bei Frauen auf 49 Prozent herab.

Aber immerhin läßt dieses Resultat, so folgert der Abgeordnete für Bützow, den Schlüß zu, daß annähernd die Hälfte vollständig geheilt worden ist. Die Statistik der Tuberkuloseverhältnisse in Deutschland ergibt ja auch, daß in den etwa 348 Orten des Deutschen Reiches mit 15.000 und mehr Einwohnern im Jahre 1905 auf je 10.000 Einwohnern 22,3 Personen an Tuberkulose gestorben sind, im Jahre 1909 nur noch 15,7. In Preußen ist die Tuberkulosesterblichkeit von 17,16 unter 10.000 Bewohnern im Jahre 1907 auf 15,17 im Jahre 1911 gesunken. Daß die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung daran mindestens einen großen Anteil hat, kann nicht bestritten werden. Neben den 66 Millionen, die bisher für den Bau der eignen Heilstätten aufgewendet worden sind, hat die Invalidenversicherung auch noch 14.055.135 M. Darlehen zur Förderung des Baues von Heilstätten, ländlichen Kolonien für Tuberkulöse usw. gegeben, zum größten Teil an Heilstättenvereine, vereinzelt auch an Gemeinden und Kreise. Dazu kommen noch die Darlehen für andere gemeinnützige Zwecke. Im ganzen sind bis einschließlich des Jahres 1909 Darlehen für gemeinnützige Zwecke in der Höhe von 877,1 Millionen Mark gegeben worden.

Se mehr die segensreichen Wirkungen der sozialen Sicherung Deutschlands in die Erscheinung treten, und die Arbeiter dieselben am eignen Leibe zu verspüren bekommen, umso bestemmender und peinlicher wird natürlich für die

Sozialdemokratie das Gefühl, von wenigen Ausnahmen bei späteren Novellen abgesehen, gegen das große Reformwerk der Arbeiterversicherung gestimmt zu haben. Wenn Fischer gleichwohl für die Sozialdemokratie das Verdienst in Anspruch nimmt, die soziale Versicherungsgesetzgebung inauguriert zu haben, so tut er mit dieser Behauptung der Wahrheit Gewalt an. Mit Recht können wir ihn fragen, wenn die Sozialdemokratie sich die Inauguration der sozialen Gesetzgebung unter allen Umständen als Verdienst anrechnen will, warum hat sie sich nicht das noch größere Verdienst erworben und auch für das Gesetz gestimmt? Über da hat die Sozialdemokratie verzagt, weil sie mit der Opposition gegen die soziale Gesetzgebung bessere politische Geschäfte machen zu können vermeinte. Und ebensoviel kann Fischer ohne weiteres sagen, ohne die Arbeiterbewegung hätte die soziale Versicherungsgesetzgebung ihre bisherigen Leistungen nicht vollbringen können. Man kann da auch das Gegenteil behaupten: Wäre die soziale Gesetzgebung mit ihren Selbstverwaltungskörpern nicht gewesen, dann hätte dem größten Teil derjenigen, die sich heute Führer der Arbeiterbewegung nennen, die Gelegenheit gefehlt, sich zu solchen zu schulen und auszubilden. Mit der Opposition gegen die soziale Gesetzgebung ist also das Schuldtono der Sozialdemokratie noch nicht erschöpft gewesen.

So vermischen sich in des Abgeordneten Fischers Ausführungen Wahrheit und Dichtung!

Die Betriebsarten der Holzproduktion.

Für die Wahl der waldwirtschaftlichen „Betriebsart“ kommen der Standort, die vorhandene Holzart, die Bewirtschaftungsweise der Nachbarbestände, die örtlichen Gefahren, dann die Zwecke und speziellen Bedürfnisse des Waldbesitzers und dergleichen und die Einträchtigkeit in Betracht.

Unter die Hochwaldbetriebe fallen der Fenzelbetrieb, der Gemelshagelbetrieb, der Kahlschlagbetrieb und Ergänzungsbetriebe, unter die Ausschlags- und Futterholzbetriebe der Niedervald betrieb, der Kopfholzbetrieb und der Schnabelholzbetrieb, unter die Kompositionsbetriebe der Mittelwaldbetrieb und der Hochwaldkonservationsbetrieb.

Die Hochwaldbetriebe liefern nachhaltig nicht nur die größten Holzmassen und wertvollsten Holzsortimente auf der Flächeneinheit, sondern auch zahlreiche Nebenprodukte wie Teer, Harz, Baumfrüchte usw. Sie sind für alle Baumholzarten anwendbar, erhalten die Bodenkraft am meiste und erleichtern den Übergang zu einer weniger Kapital beanspruchenden Betriebsart, nämlich dem Mittel- oder Niedervald. Sieachen an Lage und Klima weniger Ansprüche als die Ausschlagsbetriebe und verlangen nur verhältnismäßig geringe Kultur und Erntekosten. Sie eignen sich besonders für Staats- und kommunalwälder, sowie für Großgrundbesitzer und bilden die Basis in größeren Nadelwaldkomplexen, weil die Nadelhöfe in reiner Ausschlagswaldungen, über die weiter unten noch gesprochen werden wird, gar nicht erzeugen können. Hochwaldbetriebe bestände sind in klimatischer Hinsicht von Eins für ihre Umgebung und bieten einen Schutz gegen manche urh. Standortverhältnisse oder Naturereignisse herbeigeführte Qualitäten. Die Hochwaldbetriebe verlangen aber größere Flächen und kräftige, besonders tiegründige Böden, große Holzkapazität und renieren im allgemeinen gering; auch sind die Gründe vielen Gefahren durch Schnee, Sturm, Waldbrände, Inse. usw. ausgesetzt und wirken teils durch ihren Aufsturztag, teils durch ihr Wurzelaustrich nachteilig auf die Nachbarschaft.

Der Fenzelbetrieb läßt von allen Hochwaldformen noch am ehesten auf kleinen Flächen eintreten. Bei ihm ist zwar die Holzmasseerzeugung begrenzt und die Nutzholzausbeute eine geringere; je nach der weiten größere Benachteiligungen durch die Holzfällung und Holztransport, größerer Schaden durch Weidevieh und Wild, schlechte Feuergefahr auf; man hat auch höhere Erntekosten, Schutz und Betrieb sind erschwert, so auch die Holzmasseausfuhr durch diesen Betrieb am besten gewahrt und die Stämme in der Regel stufen und werden widerstandsfähig, so daß die in schlagweisen Hochwaldbetrieben besser trocken sind für kleinere Waldungen Anwendung, welche d. Erziehung einer Fichtenholzwirtschaft erforderliche Größe nicht erreichen, aber doch in einer Hochwaldform wirtschaftet werden. Außerdem bildet er den Betrieb der Schutz- und Zugwesen, auf den ältesten Gebirgs Höhen, an sehr steilen Hängen, Sandhöhlen, an Seeküsten, in Parks usw. ist er angebracht. Je der fortwährenden Bestockung sind die Gefahren durch Efeu, Steinschläge und Lawinen geringer, bzw. abgeschwächt.

Der Fenzelbetrieb zeichnet sich vor dem Fenzelfall größerer und wertvollerer Holzerträge aus und der Betrieb bewegt sich in einem geordneten Flächenrahmen, den ganzen Wald, sondern beschränkt sich auf einen Bereich. Vor dem Kahlschlagbetriebe hat der Gemelshagelbetrieb, größere Erhaltung der Bodenfläche, größere Schutz des Nachwuchses gegen Frost und Hitze usw. Er eignet sich besonders für gärtliche Schattensäume, die Weißtanne und Roteiche, einen größeren Holzholzarten, Igen, paßt für exponierte Bergspitzen, steile Hänge, felsige Felsen und ähnliche dem Fenzelbetrieb.

Beim dem Fenzel und der Wiederkreis der Samenabhängigkeiten die Schlagführung beim Gemelshagelbetrieb Jahre, um die Möglichkeit, die vorteilhafteste Umtriebszeit abhängigkeiten zu nutzen die Erziehung gleichaltermiger einzuholen. Bester kommt zu gut die Erziehung gleichaltermiger Bäume, die freie Wahl hinsichtlich der Holz- und Kultursorten, volle Freiheit bezüglich des Gangs art usw. Die mit dem Kahlschlagbetrieb verknüpft an sie aber liegen in der größeren Gefährdung der Bodenart, das längere Freilegen des Bodens und in einem großflächigen Aufwand. Durch die Reinheit und Gleichheit werden manche Gefahren wie die Infektionsgefahr, vergrößert. Der mangelnde Schutz der Kulturen das Erziehen, Ausstreuen und Verdorren der Pflanzen. Kahlschlagbetrieb bildet die vorherrschende Betriebsart für Holzarten, weil diese unter einem Schirm durch höhere Niederschläge. Auch für die Fichte verdient er in der Regel

den Vorzug, weil diese zufolge ihrer flachen Wurzelung leicht vom Wind geworfen und gebrochen wird; nur durch die Schläge nicht zu groß gemacht werden; zumal bei der Fichte sind schwere Absäumungen geboten, um einen Seitensturm durch das benachbarte Altholz zu beschaffen.

Als Ergänzungsbetriebe seien der Lichtungsbetrieb und Nebenbetrieb erwähnt. Ersterer hat im allgemeinen die Lichtung und Schattenseite des Gemelshagelbetriebes, wenn auch dessen Nachteile nicht so sehr, die Vorteile aber dafür mehr zur Geltung kommen wegen der freieren Art der ganzen Wirtschaft. Man zielt im Lichtungsbetrieb wertvollere Starthölzer ohne Umtriebs erhöhung und gewinnt einen größeren Lichtungszuwachs. Der Nebenbetrieb eignet sich nur auf festen Böden und für flurlose, lichtsonnige Buchenwälder. Man kommt das gesamtwirtschaftliche Moment noch mehr zur Geltung als im gewöhnlichen Lichtungsbetrieb.

Bei den Ausschlagsbetrieben sind im allgemeinen die Vorteile die, daß sie auf kleinen Flächen eingerichtet werden können, weniger mineralische Kraft und Liegenschaft des Bodens brauchen als die Hochwaldbetriebe, auch weniger Holzmassenkapital und meist höher rentieren. Wegen kürzerer Umtriebe und weniger Betriebsstörungen durch Witterungseinflüsse (meteorische Elemente) etc. ist die ganze Wirtschaft verhältnismäßig sicherer und einfacher. Nachteile aber sind, daß die Holzproduktion sowohl nach Menge als auch nach Güte der hochwältlichen Holzerzeugung nachsteht, das milde Klima und geschützte Lagen bedingt sind und die Erntekosten des Holzes, meist auch die Kulturstoffen sich höher stellen als bei Hochwaldungen.

Der Niedervald betrieb besteht sich mit dem geringsten stetigen Vorrat und gewährt frühere und häufigere Erträge und ist deshalb rentabler als der Hochwald. Weitere Vorteile der Stochenschlagwirtschaft sind der bedeutendere Anfall von Nebenprodukten (Eichenglanzrinde, Futterlaub, Gras), die frühere Einträchtigkeit von Weidevieh, weniger Gefährdung durch Insekten, Stürme, Waldfeuer usw., dagegen höhere Gefährdung durch Spätzapfen, Raukreis und Eisanhang. Der wesentlichste Nachteil ist die Erzielung von Holzergebnissen mit beschränkter Abholbarkeit. Es eignen sich zum Niedervaldbetrieb besonders kleine Vorhölzer, Waldparzellen zwischen Wiese und Feld, flachgründige Böden und kleine Uferböschungen, überhaupt kleines Waldeigentum in solchen Privatbesitz, der große Kapitalien im Waldgewerbe nicht ablegen kann.

Der Kopfholzbetrieb, der sich gut mit landwirtschaftlicher Nutzung des Bodens, besonders mit Graszucht vereinigt, gewährt häufige Erträge, besonders an Storchenschnäbeln und Faschinenreisig; er eignet sich für Dorfläden an Bach- und Flussufern, für periodisch von Nebenschwemmungen heimgesuchte Riedwiesen, Feld- und Wiesenränder, wüste Haine und Plätze, Viehweiden, entfernte Außenfelde auf geringen Böden, die Düngung nicht lohnen. Die Kopfholzstämme schützen die Ufer gegen Eisgang.

Beim Schnabelholzbetrieb hat man ziemlich die gleichen Vor- und Nachteile wie bei dem Kopfholzbetrieb bei oft noch größerer Ertragserzeugung. Der Nutzwert und die Dauer der geschnedelten Stämme ist etwas größer. Der Betrieb eignet sich vorzugsweise für ländliche Gutbesitzer mit Graszucht und für Dorfläden wie beim Kopfholzbetrieb, mit Ausnahme von Ufer.

Von den Kompositions- oder gemischten Betrieben ist der Mittelwaldbetrieb natürlich für Gemeinden und Privaten mit beschränktem Waldeigentum, die aber doch eine jährliche Nachhaltwirtschaft betreiben wollen, geeignet und gewährt wertvollere Holzsortimente als der reine Stochenschlagbetrieb. Der Mittelwaldbetrieb passt für kräftige Stiele und Autoböden in den Stromgebieten der Flüsse, wo Hochwaldverjüngungen durch Uferflutungen gefährdet wären.

Der Hochwaldkonservations- oder Erhaltungsbetrieb ist ein Notbedarf und Übergangsbetrieb für gewisse Fälle, z. B. wenn bei Mangel an triebstreifen Höhen bedeutsame Holzabgaben am Holzreichtum usw. nötig sind. Seine Hauptschattenseite ist Verunreinigung des Bodens infolge frühzeitiger und starker Lichtung.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zum Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erstheinungsstage dieser Nummer der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Dezember fällig ist.

Die Zahlstelle Wiesbaden erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pf. (Gefahrtwochenbeitrag 70 Pf.)

Berlorene Mitgliedsbücher. Nr. 50428 Berno Kübler, Nr. 57518 Gustav Timmer, Nr. 77690 Josef Bögers. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Auf den Abrechnungsvordrucken für das IV. Betriebsjahr 1912 sind den Zahlstellen in Rechnung gestellt:

1 Protokoll vom Chemnitzer Kongress 10 Pf.

1 Beitrag Steigerwald 5

1 Jahrbuch 1913 50

Außer diesen gelieferten Schriften sind auch die vor einigen Wochen gelieferten Dresdener Protokolle mit 50 Pf. für das Jahr berechnet.

Die Weihnachts-Militärunterstützung wird nur an die Rückadresse der Kollegen geschickt. In diesem Jahre erhalten diejenigen Kollegen die Unterstützung, die in den Jahren 1911 und 1910 Soldat geworden sind, d. h. wenn deren Adressen der Geschäftsstelle mitgeteilt wurden und die Bücher eingeschickt sind. Diejenigen Kollegen, welche 1912 zum Militär eingetreten sind, erhalten die Unterstützung erstmalig Weihnachten 1913. Selbstverständlich erhalten die Unterstützung nur solche Kollegen, welche bis zum Eintritt beim Militär Mitglied unseres Verbandes waren, nicht aber diejenigen, die einem ausländischen Bruderschaft angehören.

Nene Beitragsmarken für das Jahr 1913. Mit dem 20. Dezember gelangen für die männlichen Mitglieder neue Beitragsmarken zur Verwendung. Von den jetzigen 50 Pfennig-Beitragsmarken dürfen über den 20. Dezember hinaus keine mehr verwendet werden. Für die Woche vom 20. Dezember 1912 bis zum 4. Januar 1913 ist also die erste neue Marke zu verwenden. Die neuen Marken werden bei Zahlstellen

mit den Abrechnungsformularen für das 4. Quartal zugeschickt, während die noch vorhandenen alten Marken sofort nach Jahreschluss an die Geschäftsstelle in Köln zurückzusenden sind. Keinesfalls dürfen nach diesem Zeitpunkt von den Zahlstellen alte Marken für etwa restierende Mitglieder zurückbehalten werden. Die Kollegen werden daher gebeten, für eine pünktliche Begleitung ihrer Verbandsbeiträge zu sorgen.

Auf das Rückleben der Beitragssfreien Marken in die Mitgliedsbücher wird nochmals aufmerksam gemacht. Und zwar müssen noch dem Beschluss des Barmer Verbandstages im Jahre 1912 und späterhin alle wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik usw. leergebliebenen Markenfelde in den Mitgliedsbüchern mit Beitragssfreien Marken beliebt werden. Ausgenommen sind nur die Wochen, in denen nach § 7 der neuen Satzungen die Mitgliedschaft geruht hat. Für restende Mitglieder werden die Beitragssfreien Marken dort nachgeliefert, wo sie in Arbeit treten. Wir bitten die Ortsverwaltungen dringend, zu sorgen, daß am Jahreschluss alle Mitgliedsbücher in tabelloser Ordnung sich befinden.

Das Ausstellen von neuen Mitgliedsbüchern an Stelle verlorenen, durch Beschädigung oder durch Vollleben unbrauchbar gewordener, wird bekanntlich nicht mehr von den Ortsverwaltungen, sondern von der Geschäftsstelle in Köln besorgt. Richtig sind alle Mitgliedsbücher, deren Markenfelde mit Jahreschluss vollgeklebt sind, zu diesem Zeitpunkte einzusammeln und nach Köln zu senden. Hier werden die neuen Bücher ausgestellt und den Zahlstellen sofort zugleich Dräbsverhältnisse, Vertrauensleute und Mitglieder mögen also dafür Sorge tragen, daß am Jahreschluss die betreffenden Mitgliedsbücher keine rückständigen Beiträge mehr aufweisen, damit die Bücher sofort eingesammelt und gemeinsam nach Köln geschickt werden können.

Um die Neuauflistung der Bücher — es handelt sich um mehrere tausend — bei der Geschäftsstelle in Köln zu erleichtern und zu beschleunigen, bitten wir die Ortsverwaltungen, auf die Summe des vorherigen Buchbestands diejenige Markenzahl hinzuschreiben zu wollen, die in das neue Buch übertragen werden soll. Bei der Zählung dürfen nur die im Buch liegenden Wochenbeitragsmarken mitgezählt werden. Streitmarken, Beitragssfreie Marken u. s. w., sowie die mit Stempel versehenen Markenfelde sind also nicht mitzuzählen. Auch achtet man darauf, daß die Zahl der in früheren Büchern gesetzten und im letzten Buch durch ordnungsmäßige Eintragung bezeichneten Marken mit hinzugerechnet werden. Es wäre also auf die Innenseite des vorderen Deckels beispielweise zu schreiben:

In diesem Buch liegen 313 Seiten
Früher geleistet . . . 257
gesammt 570

Für die Mitglieder, die mit dem halben Beitrag entrichten (soziale usw.), sind ab 1. Januar 1913 nur noch die neuen Mitgliedsbücher mit grünem Umschlag gültig. Alle anderen Mitgliedsbücher sind deshalb am Jahresanfang von den Ortsverwaltungen einzusammeln und nach Köln zu senden, damit hier neue Bücher ausgestellt werden. Für nächsten Jahr gelten also für soziale und für Mitglieder mit halben Beitrag nur noch die neuen Bücher mit grünem Umschlag.

Lohnbewegung.

Die Dräbsverhältnisse haben bei allen Lohnbewegungen der Zeitsäule jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung eingesandt.

Änderungen in laufenden Tarifverträgen.

Zur Monat Januar 1912 treten auf Grund der vom Zentralverband deutscher Holzarbeiter mit den Arbeitgebern vereinbarten Tarifverträge folgende Änderungen in Kraft:

Bitterfeld und **Treisberg**. (Kontrollenabsatz von Friedrich und Sohn). Auf Seite Stück- und Papiertöfe erfolgt am 1. Januar ein Anstieg von 5%.

Großfeld. (Dampfschreinerei und Möbelfabrik C. m. b. H.). Der Durchschnittsbundeslohn der Schreiner wird von 43 Pf. auf 44 Pf. erhöht. Die unterste Lohngrenze für Schreiner liegt von 37 auf 38 Pf. Ständige Arbeiter erhalten eine Lohnzehrung von 1 Pf. die Stunde.

Großfeld (Firma Th. & C. Wallers). Der Durchschnittsbundeslohn für Schreiner und Drechsler wird am 1. Januar von 43 Pf. auf 44 Pf. pro Stunde erhöht. Für Maschinenschreiner stellt sich der Durchschnittsbundeslohn um 5 Pf. höher als der der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze ist um 1 Pf. niedriger als der Durchschnittslohn. Ständige Arbeiter erhalten eine Lohnzehrung von 1 Pf. die Stunde. Auf Mutterarbeit findet die Lohnzehrung folgende Auswirkung:

Großfeld (Zapfereggewerbe). Am 1. Januar wird die 55-stündige Arbeitstage pro Woche eingeführt. Sonstiges ist eine Stunde früher Freizeit.

Großfeld (Lohngewerbe). Am 1. Januar beträgt die tägliche Arbeitzeit 9 Stunden, die wöchentliche 54 Stunden, außer Sohn 55 Stunden.

Großfeld (Maschinenarbeiter von Houbeney, Bergmann und Sohn & Soj.). Die Stunde für Sohne, Pausen etc., welche ab 1. Januar um 5% erhöht.

Aus den Verbandsbezirken.

Sonstige Ereignisse.

Die bedeutendsten Beziehungen des örtlichen Tarifvertrages und des Zentralverbandes deutscher Holzarbeiter verlaufen am 16., 17., 21., 24. und 31. November in Billingen, St. Georgen, Furtwangen, Höhenbach, Gütenbach und Treisberg eine Reihe von Versammlungen mit der Ergebnisbildung: Der Kreisärzter & örtliche Gewerkschaftskongress und die Stellung der örtlichen Gewerkschaften zu den geistigen und wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart. Besonders waren die Deputierten Biegler (Gengenbach) vom örtlichen Metallarbeiterverband und Schmid (Schmid) vom Zentralverband deutscher Holzarbeiter. Die Schreine geben jeweils ein zusammenfassendes Bild der Versammlungen des örtlichen Gewerkschaftskongresses und der

Bedeutung für die christlich-nationale Arbeiterschaft. Scharf wurde auch die Situation gekennzeichnet, in der sich die Arbeiterschaft in der Schwarzwälder Uhrenindustrie befindet. Aufgabe der Arbeiterschaft auch auf dem Schwarzwald muß es sein, durch eine energetische Agitationarbeit ihre Reihen zu stärken und sich dadurch die Beschlüsse des Kongresses in materieller und ideeller Beziehung nutzbar machen. In den sich an die Berichte jeweils anschließenden Diskussionen wurden den Bechlüssen des Gewerkschaftskongresses voll zugestimmt, wie auch die Reservate mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Im Anschluß an die Versammlungen fanden am 17. und 24. November in Billingen und Furtwangen Vorstände und Vertreterversammlungen statt, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatten. Nur seitens der Billinger Kollegen hätte die Beteiligung eine bessere sein dürfen. In eingehender Weise wurden in diesen Konferenzen, die zu gleicher Zeit eine Gelegenheit zur Schulung der Vorstände und Vertrauensleute sein sollten, die gewirtschaftliche Lage im allgemeinen und der auf dem Schwarzwald im besonderen besprochen. Was die wirtschaftliche Lage auf dem Schwarzwald anbetrifft, so hat hier die Uhrenindustrie nicht die gleiche Entwicklung aufzuweisen wie die Metall- und Holzindustrie im allgemeinen. Trotz des sonstigen großen industriellen Fortschritts hat die Zahl der in der Uhrenindustrie beschäftigten Personen von 33 388 im Jahre 1895 bis zum Jahre 1907 nur eine Steigerung ganzen 58 Personen auf 33 446 aufzuweisen. Das Rondo des Fortschritts fällt hier ganz auf den württembergischen Teil der Industrie. Die Uhrenindustrie klagt besonders über mangelnden Zollschutz. Diese Klage ist nicht unberechtigt. Die christlichen Gewerkschaften sind gerne bereit, auch auf diesem Gebiet mit der Industrie Hand in Hand zu arbeiten. Das Interesse der Industrie ist hier auch Interesse der Arbeiterschaft. Dann muß aber auch die Arbeiterschaft, wenn sie ernstlich eine Hebung ihrer schlechten materiellen Lage auf dem Schwarzwald will, selbst mehr eigene Arbeit entfalten. Die Hebung eines Standes ist in erster Linie Sache des Arbeiters selbst. Hierzu wurden dann eingehend die nächsten Aufgaben in der Agitation erörtert. Neben der allgemeinen Agitation gilt es besonders die Kleinarbeit — die Hausagitation — intensiv zu betreiben. Nur dann, wenn die Zahl der organisierten Kollegen eine höhere ist, wird es uns gelingen, unserer Forderungen und Wünschen mehr Nachdruck zu verleihen. Diese Arbeit ist notwendiger als die Beteiligung an der Masse von Klimdwirten, die leider auf dem Schwarzwald in großer Zahl gehetzt werden, die aber dem Arbeiter nicht im geringsten vorzuhelfen. Meistens wird der Arbeiter nur von der Beteiligung in der praktischen Standesarbeit abgehalten. Auch die gewirtschaftliche Schulung muß noch höhere Fortschritte machen. Vor allen Dingen müssen die Kollegen pflichtgemäß die Versammlungen zahlreicher besuchen, als es in den letzten Jahren auf dem Schwarzwald üblich ist. Da ist der Ort der Schulung, der Aussprache, der Ort auch, wo wir uns wieder zur gemeinschaftlichen Arbeit im Interesse unserer selbst ansetzen und begeistern. Wenn diesem Zustand seitens der Mitglieder einmal abgeholfen, wird der Arbeitseifer des Vorstands und Vertrauensleute ein höherer sein, die Klage über schlechte Mitarbeit verschwinden. Diese Mitarbeit zur Stützung unserer christlichen Gewerkschaften ist Aufgabe und Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Von den Vertretern der eingetretenen Orte wurden dann ihre Beziehungen dargelegt. Der Darlegungen der Bezirksleiter über die zukünftigen Aufgaben wurde allseitig zugestimmt und zum Abschluß gebracht, daß es höchste Zeit ist, daß die Kollegen auf dem Schwarzwald, wenn sie nicht zu kurz kommen wollen an der wirtschaftlichen Entwicklung und Gestaltung der Lebens- und Einwohnerverhältnisse, sie mit mit Energie und Ausdauer an die Werbearbeit, insbesondere auch an die Kleinarbeit gehen müssen. Wenn in diesem Sinne die Beschlüsse und Vorempfehlungen der Versammlungen und Konferenzen in allen Orten mit Nachdruck durchgeführt werden, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. In alle Kollegen und Kolleginnen auf den Höhen und Tälern des Schwarzwaldes ergeht nun der Ruf zur energischen Werbe- und Auflärungsarbeit zur Stützung unseres Verbandes.

Das rheinische Bezirk.

Gegen Ende Oktober und während des Monats November haben im rheinischen Bezirk in den meisten Zahlstellen besondere Agitationssitzungen stattgefunden. Nur doch die jetzige trübe Zeit mit ihren, alle Holzarbeiter interessierenden Fragen besonders geziert, Appell abzuhalten über die Zahl der freien Mitarbeiter am Orte; es galt einen Rückblick zu werken über das Ertragsjahr, die Segenreise mit trübseligem Ende zu mustern, um dann mit neuem Eifer dem vorgestellten Ziel zu präzieren. Unsere Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete, das eindrückliche, ständige Wachsen unserer Mitgliederzahl, die Beschlüsse unseres Verbandstages, die kommende große Tarifbewegung, die planmäßig einzuleitende Wirtschaftshilfe geben reizhaften Stoff zur Behandlung. Eine größere Zahl ausreichend älterer Kollegen hatte sich eindrücklicherweise in den Dienst des Verbandes gestellt, so daß gleichzeitig eine Reihe von Beratungen festquellen konnten. Wie die Berichte zeigen, war der Bericht durchweg ein guter und wurde der beabsichtigte Zweck erreicht.

Die Versammlung in Aachen war von den Kollegen zahlreich besucht. Durch die in den letzten Jahren erzielte erhebliche Mitgliederzunahme, bei dadurch hervergerufenen häufigen Vertragsabschluß ist eine ganz andere Stimmung in die Kollegenschaft hineingetragen. Selbstverständlichkeit und offensichtlich der eigenen Kraft vertraut, geht man auch zu schwierigeren Aufgaben heran. Die Versammlung in Aachen war von fast sämtlichen Mitgliedern besucht, ebenso wie eine sonst nichtorganisierte Dorfschule erschienen; acht Kollegen fanden sich angemeldet werden, weitere sollen in Aussicht stehen. Nach dem vorjährigen, hartem Kampf im Schreinergewerbe in Stolberg haben sich unsere Kollegen dort heute eine reiche Erfahrung gesammelt, sind doch jetzt beständig die Löhne um jährlich 10 Pf. pro Stunde höher, als es vor dem Kampf im vorangegangenen Jahr der Fall war. Die lebigen Kollegen an einem Orte haben es sehr leicht in der Hand, die Arbeitszugehörigkeit am Orte zu rezipieren und wenn diese sich ihrer Aufgabe berechtigt sind, dann prallen alle Hindernisse der Arbeitgeber wirkungslos ab, zwei Mitglieder zuhören geworden. In Kreisligar mit die öffentliche Versammlung der anderen rheinischen Gewerkschaften zeitweise besucht und mit einer schönen Begegnung, eine Kompromiss war zu verzeichnen. Dies leidenschaftliche Anteil an der großen Tarifbewegung nimmt man in Düren, bei dort ebenfalls im nächsten Jahre, wenn auch etwas später, der Bericht für das Schreinergewerbe ab. Zwischenzeitlich arbeiten die Kollegen dort recht eifrig an der weiteren Entwicklung ihres Betriebes; auch die lokale Tarifkommission der Nachbararbeiter, der Eisenwalzwerke zeigt erhebliche Fortschritte. Die Schreinergewerbe sind erheblich werden. Im nahen Leudelsbach sind für die Webereiarbeiter eine besondere Versammlung fest, welche ebenfalls gut besucht war. Hier und in der Umgebung gilt es noch viele Arbeit zu leisten, um auch für diesen Beruf befähigte Lehrlinge und Arbeitnehmer zu erzeugen; zwei neue Mitglieder wurden gewonnen.

Die in Köln eingetragene Versammlung wurde zur General-

versammlung der Tarifbewegung zu nehmen und die Frage zu prüfen ob für alle etwa vorkommenden Fälle die genügende Rüstung vorhanden sei. Der Berlauf der Versammlung ließ keinen Zweifel darüber, daß die Mitglieder der Ortsgruppe bereit sind, für die nachdrücklichste Wahrung ihrer Interessen die größten Opfer zu bringen. Die Versammlung in Mühlheim (Rhein) war gut besucht. Während die Organisations- und Arbeitsverhältnisse in der Mehrzahl der Spezialbetriebe in Bonn und Umgegend gute genannt werden können, steht es in den Schreinereien der Stadt selbst sehr böse aus. Gehobenste Arbeitszeit und Löhne von 45 Pf. und darunter für erwachsene Arbeiter sind noch gang und gäbe. Hier ist noch sehr viele Arbeit zu leisten, wozu die in der Versammlung erzielten Kollegen eifrig mitmachen wollen, welche die in der letzten Versammlung gefassten Beschlüsse in der Beitragsfrage beweisen. In Godberg wurde betont, daß, solange Bonn nicht zu einer einheitlichen Regelung und Besserung der Verhältnisse im Schreinergewerbe gelange, es hier sehr schwer sein würde, weitere Verbesserungen zu erzielen. Ein Grund mehr für die Bonner, ihre Anstrengungen zu verdoppeln. Guter Wille zum Vorwärtstreben ist auch in Bonn vorhanden; allein in den dort vorherrschenden Küchenmöbelfabriken steht noch ein ganzer Teil der Arbeiter interesslos bei Seite. Hoffentlich gelingt es alsbald, bei diesen das rechte Gefühl zu wecken, damit sie nicht länger das Vorwärtstreben der Kollegen hindern können. In Euskirchen waren die Kollegen zahlreich zur Versammlung erschienen. Das einmütige Zusammenhalten, welches dieselben während der vor kurzem erfolgten beendeten Lohnbewegung befele, muß auch in der Zukunft in derselben Stärke anhalten, damit das Errungene hochgehalten und zur gegebenen Zeit weitere Verbesserungen erreicht werden können.

Die Versammlungen im bergischen Land brachten nicht dasjenige, was von ihnen erwartet wurde, die Kollegen dort werden alles aufzutun müssen, um ihre erzielten Ziele auf anderen Wegen zu erreichen. Zur Versammlung in Elberfeld war eine große Zahl von Einladungen an Nichtorganisierte ergangen, ohne daß ein direkter Erfolg zu verzeichnen war. Unsere Kollegen wollen jedoch bestmöglich mit zäher Energie weiter arbeiten. Im Übrigen fehlten eine ganze Anzahl Mitglieder, sowohl hier, wie auch in Barmen in der Versammlung. Da hier die Lohnbewegung durch die inzwischen erfolgte Vertragsfestigung in vollem Gang ist, hätte man ein anderes Resultat erwarten dürfen. Haben die Schreiner und Bandstuhlschreiner die früher geführten Kämpfe verloren oder glauben sie, es sei ja jetzt noch nicht am brennen? Frischförmige Agitationarbeit muß überall eingesetzt. Nach dem hartnäckigen, beinahe halbjährigen Kampfe in der Stockindustrie in Wald wollen unsere Kollegen dort nunmehr mit neuem Eifer an die Arbeit gehen. Damit die entstandene Scharte in der Lokalfasse baldigst ausgeweitet wird, soll der Beitrag erhöht werden (ist inzwischen geschehen) und eine rege Hausagitation soll Erfolg für die abgereisten und zum Militär eingezogenen Kollegen schaffen. Trotz des steinigen Bodens geht es in Remscheid, wenn auch langsam, so doch sicher vorwärts. Der im Sommer geführte Vertrag brachte die langersehnte, einheitliche Regelung der Arbeitszeit und der sonstigen Arbeitsverhältnisse. Bei geschickter Ausnutzung der gegebenen Umstände kann ein weiterer Aufstieg nicht ausbleiben. Der in der letzten Zeit in unserer Zahlstelle in Wipperfürth eingetretene Aufschwung ist ins Stoden geraten. Die dortige Sperrholzfabrik von Gebr. Blank & Co. geriet in Konkurrenz und wurde infolgedessen das Werk II am Orte vorläufig still gelegt. Da inzwischen eine neu gebildete Gesellschaft den Betrieb übernommen hat, wird die Stockung wohl bald behoben sein. Die Wichtigkeit unserer Arbeitslosenfürsorge wird durch solche Vorkommnisse immer wieder ins Gedächtnis gerufen.

Die Versammlung in Düsseldorf hätte besser besucht sein müssen. Lag es daran, daß die vorhergehende Versammlung welche Stellung zur Kündigung des Vertrages nahm, sehr stark besucht war, oder waren sonstige Gründe vorhanden? Jetzt in dieser trüben Zeit mühten alle Organisationsveranstaltungen gut besucht werden. Innerhalb weniger Wochen wird auch für Düsseldorf die Entscheidung über die wirtschaftlichen Verhältnisse der nächsten Jahre fallen. Trotzdem in Kreis die Löhne und die sonstigen Verhältnisse der Holzarbeiter noch Vieles zu wünschen übrig lassen, hat sich bisher ein größerer Teil der Arbeiterschaft der Organisationspflicht entzogen. Wie lange noch wollen diese Außenstellen das Vorwärtstreben der organisierten Arbeiter hemmen? Jährige Arbeit muß hier noch geleistet werden. Die Versammlung in M. Gladbach litt unter dem unpraktischen Kommen und nachher unter dem frühzeitigen Weggehen mancher Mitglieder, derartige Untugenden mühten endlich ausgerottet werden. Daß noch viele Arbeit auf tariflichem Gebiete zu leisten ist, zeigte recht die am 15. September lt. Bertrag einzuführende 9½/12 Arbeitszeit mit entsprechender Lohnherhöhung. Eine große Zahl von Meistern mußte erst in ernsthafter Weise an ihre Pflicht erinnert werden, ehe sie sich zur Einhaltung des Vertrages verstehen konnten. So recht deutlich zeigt sich hier die Wahrheit des Sages: Nicht nur zum Abschluß, sondern auch zur Durchführung eines Vertrages ist eine geschlossene Organisation notwendig. In Heydt hat die Organisationsbewegung in den letzten Jahren einen guten Aufschwung genommen, sodass auch hier die Kollegen daran denken, baldigst vertraglich geregelte Verhältnisse einzuführen. Dieses ist umso notwendiger, als M. Gladbach und Rheindorf sowohl wirtschaftlich als örtlich derart eng miteinander verbunden sind, daß auf die Dauer auch die Vertragsverhältnisse einheitlich geregelt werden müssen. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuaufschluß zu betreiben. Der Lokalschluss ist dementsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbetätigkeit hat bereits begonnen und nun von allen Mitgliedern energisch gefordert werden. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Kreisfeld sieht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schreinergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Rängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem gültigen Neuauf

The image consists of three separate, stylized black symbols arranged vertically. The top symbol is a thick, wavy line forming a loop. The middle symbol is a V-shape pointing downwards. The bottom symbol is a horizontal double-headed arrow.

1912.

Die Reaktionen:

Umländern wegen der vorhandenen Differenzen zum Hause Gattler-*Zeitung* — wie daß ja auch nicht anders möglich, eine glänzende Jungfernrede“ hieß, „ausgezeichnete Darlegungen“ trachte und dafür mit einigen „Ordnungsrufen“ bestimmt“ wurde. Ja, die „Genossen“ sind doch tüchtige Kerle!

Umständen kommen ließen. Wir stellten nach eingehenden Er- forschungen fest, daß diese Behauptungen frei erfunden wären und wiesen dann in der Tagespresse die Ungriffe gegen unseren Verband zurück. Nun aber kommt daß sozial-

Seriös und ernst

Vom Delmenhorster Linoleum. Fast 50 Jahre sind es jetzt, seitdem das erste Linoleum an dem Markt kam. In England wurde es im Jahre vom Freiherrn Walton erfunden. 1864 gründete er in England die erste, noch heute bestehende Linoleumfabrik, welche 20 Jahre hindurch allein mit Linoleum auf dem Weltmarkt vertreten war. Am 20. Juni 1882 wurde in Delmenhorst die erste deutsche Linoleumfabrik (jetzige Firma „Deutsche Linoleumwerke „Damsa“) gegründet. Jahr folgten im Jahre 1892 die Delmenhorster Linoleumfabrik „Untermarke“ und einige Jahre später die Bremer Linoleumwerke „Schlüsselfmarte“. Daß als Eiß der Linoleumindustrie Delmenhorst bevorzugt ist, liegt an den örtlichen Verhältnissen. Delmenhorst ist seit zweit Jahrhundert der Eiß einer blühenden Porzellanindustrie, die früher nur als Haushaltsware betrieben wurde, jetzt aber auch im erheblichen Umfang mit Maschinen arbeitet. Die Landbevölkerung gegenüber von Delmenhorst, die Porzellanindustrie mit der Hand betreiben, bekommen das Porzeholz ins Haus geliefert, schneiden Porzelen daraus und liefern die fertige Ware mit den Abfällen an die Porzellanfabriken ab. Hier bot sich also eine gute Gelegenheit, die Porzellanabfälle, die früher verbrannt wurden, zu vernichten. Es ist bezeichnend für den Aufschwung der Linoleumindustrie, daß heute große Potten Porzellanabfälle vom Auslande eingeschickt werden müssen, da die heimische Produktion längst nicht mehr den ganzen Bedarf Delmenhorsts beden kann. Diese Porzellanabfälle bilden einen der Hauptbestandteile der Linoleumfabrikation. Sie werden zu einem feinen Pulpa vermahlen. Der zweite Hauptbestandteil ist eigentlich reinig, daß mit Stomrie-Ropal, einem aus Neuseeland stammenden fossilen Harz, zusammen getrocknet, den Linoleum-Cement bildet. Dieser wird im Mischkasten mit Kortmehl und Farbe automatisch vermengt, vermischt, und verrieselt, um dann im Fabrikationsraume auf 2 Meter breite Gutebahnen aufgetragen zu werden. Seiße Walzen schmelzen und pressen den aufgetragenen Stoff und glätten die Oberfläche. Das fertige Linoleum verbleibt bis zur vollen Kühlung noch eine gewisse Zeit im Trockenhäusern, wo es an quer durch die Räume laufenden Hängelbalken senkrecht aufgehängt wird, und kommt dann in die Lagerhäuser, von wo es seinen Weg durch ganz Deutschland, durch Europa, ja, sogar nach Amerika und Australien nimmt. Delmenhorster Linoleum besitzt heute Weltkurf.

Görl. Wir stehen gegenwärtig schon in der Vorarbeit für die kommende Tarifbewegung. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß unsere Kollegen sich des Ernstes der kommenden Situation bewußt sind und eifrig an der Gestaltung unserer Section arbeiten. Wir hoffen, in der nächsten Nummer der Vereinigung mehr über die Tarifbewegung mitteilen zu können. — So bitter not die Einigkeit aller Kollegen ist, so unverständlich ist uns, daß Mitglieder des soj. Verbandes dazu übergehen, unsere Organisation wegen ihrer angeblich schlaffen Haltung beim Abschluße des jetzt noch laufenden Vertrages zu veründern. Wurde doch in einer Werksratversammlung die Behauptung aufgestellt, der Tarif sei deshalb nicht voll und ganz entsprechend den wünschen der Kollegen ausgefallen, weil der Centraalvorstand des christlichen Verbandes die Genehmigung zum Streit verlängt habe, wird leitende Personen erklärt haben, daß sie es unter keinen

vereinbarandes, in der es heißt, "daß die christliche Centralverbindung während der Tarifverhandlungen im Jahre 1910 auf unserer Konferenz in Düsseldorf tatsächlich eine beratige Erfahrung abgegeben hat". Diese Behauptung wird nicht wahr, obwohl sie noch so oft wiederholt wird. Wir stellen fest: in der fraglichen Konferenz in Düsseldorf haben außer unserem Centralvorstand den Kollegen Kurt Scheib teilgenommen unsere Sozialbeamten vom Köln und Essen, die Kollegen Lachner und Blum. Es ist keinem von den drei Kollegen eingefallen, zu erläutern, unser Verband würde es wegen der unterschiedlichen Ansichtspunkte nicht zum Streit kommen lassen. Die Kollegen haben vielmehr die angezeigten Vertreter des sozialdemokratischen Zapeiererverbandes in ausgiebiger Weise zu Wort kommen lassen und dann lediglich dem angekündigten, was in diesem Falle der sozialdemokratische Verband als die zumeist teilige Organisation, in Vorshlag brachte. Doch besteht der "christliche Zeitung" für frei erfunden, gestunken der "christlichen Zeitung" für frei erfunden, gestunken darüber zu streiten, hat in der gegenwärtigen Zeit keine praktischen Wert. Wir erkennen die Behauptung am Ort hat auch die Zapeierer veranlaßt, der Gewerkschaftsgelegenheit, und damit ist die Sache für uns erledigt.

Bonn. Die gute Entwicklung der christlichen Gewerkschaften kann infolgedessen eine Vorschau für unseren Verband sein und zur Bildung einer Section übergehen. Wir sind bewußt, daß die Organisation hier am Orte noch eine große Aufgabe zu erfüllen hat. Wie auch in fast allen anderen Berufen liegen auch im Zapeierergewerbe die Verhältnisse infolge der sehr fehlerhaften Organisation der Arbeiter, noch sehr argen. Was die Lebensbedingungen angeht, so sind die inneren Arbeiter demgegenüber stetslich teuer daran. Die Nähe der Großstadt Köln (die Warenpreise sind in beiden Städten gleich) sowie der Charakter Bonns als Münzverfusss- und Rentnerstadt, deuten schon darauf hin, daß wir nicht mit besonderer Mühe Verhältnisse für die Arbeiter zu tun haben. Es erfordert noch eine reiche Arbeit, die um so besser geleistet werden kann, wenn die Spalten der organisierten Kollegen möglichst geschlossen werden. Je mehr Kräfte zur Verbesserung der sozialdemokratischen Gewerke sind, um so eher wird das gelingen. Insofern beschäftigt unsre Kollegen unermüdlich neue Mittelstreiter für unsere Organisation werden.

Erklärung. Ein der 2 August Number der Zeitschrift "Die Vereinigung", habe ich unter der Rubrik "Raus der Bewegung" auf einen Versammlungsbericht, verfaßt von Herrn Schmidt, gewidmet. Ich erkläre, daß ich die in diesem Artikel gegen Herrn Schmidt erhobene Beschuldigung mit Bedauern zurücknehme, weil er sich nicht aufrichtig erhalten lassen.

Die Entstehungssache obiger Erklärung, wurde bereits in der Redemitternummer der "Vereinigung" geschildert. Die Sache steht bekanntlich so, daß unser Kollege Schneider-Effen aus den Kreisen des Johab. Appellationsgerichtes seiner Berufung entzogen wurde. Die in einer Versammlung des Johab. Verbandes vorgebrachten Verleumdungen, hat Haenisch als Schriftführer der sozialen Fachstelle durch einen Versammlungsbericht im Correspondenzblatt weiterverbreitet. Erwähnlicherweise war nun Haenisch in der "Vereinigung" als Berlemeier, d. h. als Verbreiter bewusster Unwahrheiten hingestellt worden. Diese Verurteilung könnte richtig aufrecht erhalten werden, da §. nicht der Lehrer der Berlemeier ist, die verleumderischen Behauptungen gleichermaßen nur weiter verbreitet hat. Da es unmöglich ist, nachzuweisen, daß vor der Veröffentlichung seines Artikels im Correspondenzblatt die Wahrheit über den Fall Schnelbeck erkannt, redete das Gericht zunächst ohne eine Berichtigung aus. Wir haben nicht das Gedächtnis, der Gerichtsstaat mit Arbeitsergebnissen zu beladen. Deshalb wurde ovige Erfüllung der Berichtigung vorgezogen.

Aus der Bewegung.

bei Zugängen stolzierte in Lüneburg teilgenommen
seinerem Zentralvorstand den Kollegen Kurt Scheid teilgenommen
seinerseine Sozialbeamten vom Köln und Essen, die Kollegen
nachher und Blatt. Es ist keinem von den drei Kollegen
angefallen, zu erläutern, unser Verband würde es mögen der
viele mehr die angesessenen Vertreter des sozialdemokra-
tischen Zapekterverbandes in ausgiebiger Weise zu Wort
lassen und dann lediglich dem angekündigten, was in
diesem Falle der sozialdemokratische Verband als die zumeist
teilige Organisation, in Vorstellung brachte. Doch besaß
darüber zu streiten, hat in der gegenwärtigen Zeit
keinen praktischen Wert. Wir erläutern die Behauptung
der „Sächsischen Zeitung“ für frei erfunden, gestunken
gelegen, und damit ist die Sache für uns erledigt.
Bonn. Die gute Entwicklung der christlichen Geschäftsfirma
er am Ort hat auch die Zapekter veranlaßt, der Gewerkschafts-
lichen Organisation ein größeres Interesse zuzuwenden. Wir
mitten insgesessen eine Zahl Kollegen für unseren Verband
zuwinnen und zur Bildung einer Section übergehen. Wir sind
bewußt, daß die Organisation hier am Orte noch eine große
Aufgabe zu erfüllen hat. Wie auch in fast allen anderen Berufen,
liegen auch im Zapektergewerbe die Verhältnisse infolge der
sehr feh mangelhaften Organisation der Arbeiter, noch sehr
an. Was die Lebensbedingungen angeht, so sind die
arbeiter bemannter gewisser Stärke reuer daran. Die Nähe
der Großstadt Köln (die Warenpreise sind in beiden Städten
sehr) somit der Charakter Bonus als Universitäts- und Künstler-
ort, deuten schon darauf hin, daß wir nicht mit besonders günsti-
gen Verhältnissen für die Arbeiter zu tun haben. Es erübrigt
noch eine reiche Arbeit, die um so heftier geleistet
werden kann, wenn die Reihen der organisierten Kollegen mög-
lichst geschlossen werden. Es mehr Kräfte zur Verbesserung der
sozialdemokratische am Berufe sind, um so eher wird das gelingen
durchaus bestimmt unsere Kollegen unermüdlich neue Mittelreiter für
unsere Organisation werben.

Die Entstehungssache obiger Erklärung, wurde bereits in der Redemitternummer der "Vereinigung" geschildert. Die Sache steht bekanntlich so, daß unser Kollege Schneider-Effen aus den Kreisen des Johab. Appellationsgerichtes seiner Berufung entzogen wurde. Die in einer Versammlung des Johab. Verbandes vorgebrachten Verleumdungen, hat Haenisch als Schriftführer der sozialen Fachstelle durch einen Versammlungsbericht im Correspondenzblatt weiterverbreitet. Erwähnlicherweise war nun Haenisch in der "Vereinigung" als Berlemeier, d. h. als Verbreiter bewusster Unwahrheiten hingestellt worden. Diese Verurteilung könnte richtig aufrecht erhalten werden, da §. nicht der Lehrer der Berlemeier ist, die verleumderischen Behauptungen gleichermaßen nur weiter verbreitet hat. Da es unmöglich ist, nachzuweisen, daß vor der Veröffentlichung seines Artikels im Correspondenzblatt die Wahrheit über den Fall Schnelbeck erkannt, redete das Gericht zunächst ohne eine Berichtigung aus. Wir haben nicht das Gedächtnis, der Gerichtsstaat mit Arbeitsergebnissen zu beladen. Deshalb wurde ovige Erfüllung der Berichtigung vorgezogen.

Eim Gahresjohm.

vere zentralbeamte vom Dr. Bill und Ehren, die Stouegen
nachher und Stufr. Es ist keinem von den drei Kollegen
angefallen, zu erläutern, unser Verband würde es wegen ber-
eits vorgenommen vielmehr die anwesenden Vertreter des sozialdemokra-
tischen Zappelerverbandes in ausgiebiger Weise zu Wort
kommen lassen und dann lediglich dem angekündigten, was im
diesem Falle der sozialdemokratische Verband als die zum Teil
teilige Organisation, in Vorstößl brachte. Doch bes-
onders darüber zu streiten, hat in der gegenwärtigen Zeit
keinen praktischen Wert. Wir erkennen die Behauptung
der „Theoretischen Zeitung“ für frei erfunden, gethunken
und gelogen, und damit ist die Sache für uns erledigt.
Somn. Die gute Entwicklung der christlichen Gewerkschaften
am Drt. hat auch die Zappeler veranlaßt, der Gewerkschaft
einen Organisation ein größeres Interesse zuzuwenden. Wir
müssen insgesessen eine Menge Kollegen für unseren Verband
anzutreten und zur Bildung einer Section übergehen.
Wir sind
uns bewußt, daß die Organisation hier am Drt noch eine große
Aufgabe zu erfüllen hat. Wie auch in fast allen anderen Berufen
liegen auch im Zappelergerber die Verdunkelungen infolge der
sehr fehlerhaften Organisation der Arbeiter, noch sehr
v. argen. Was die Lebensbedingungen angeht, so sind die
inner Arbeiter bemüht gegenüber demütig teuer daran. Die Nähe
der Großstadt Köln (die Barenpreise sind in beiden Städten
sowie der Charakter Bonns als Unterflüss- und Rentnerstadt
habt, deutet schon darauf hin, daß wir nicht mit besonders günsti-
gen Verdunkelungen für die Arbeiter zu tun haben. Es erübrigt
nur eine reiche Wahrheit, die um so besser gelebt
werden kann, wenn die Reihen der organisierten Kollegen mög-
lich geschlossen werden. Je mehr Kräfte zur Verbesserung der
Verhältnisse am Werke sind, um so eher wird das gelingen.
Deshalb unsere Kollegen unermüdlich neue Kämpfer für
unsere Organisation werben.

Die Entstehungssache obiger Erklärung, wurde bereits in der Redemitternummer der "Vereinigung" geschildert. Die Sache steht bekanntlich so, daß unser Kollege Schneider-Effen aus den Kreisen des Johab. Appellationsgerichtes seiner Berufung entzogen wurde. Die in einer Versammlung des Johab. Verbandes vorgebrachten Verleumdungen, hat Haenisch als Schriftführer der sozialen Fachstelle durch einen Versammlungsbericht im Correspondenzblatt weiterverbreitet. Erwähnlicherweise war nun Haenisch in der "Vereinigung" als Berlemeier, d. h. als Verbreiter bewusster Unwahrheiten hingestellt worden. Diese Verurteilung könnte richtig aufrecht erhalten werden, da §. nicht der Lehrer der Berlemeier ist, die verleumderischen Behauptungen gleichermaßen nur weiter verbreitet hat. Da es unmöglich ist, nachzuweisen, daß vor der Veröffentlichung seines Artikels im Correspondenzblatt die Wahrheit über den Fall Schnelbeck erkannt, redete das Gericht zunächst ohne eine Berichtigung aus. Wir haben nicht das Gedächtnis, der Gerichtsstaat mit Arbeitsergebnissen zu beladen. Deshalb wurde ovige Erfüllung der Berichtigung vorgezogen.

Monatschrift der Christlich organisierten Volksverein und der Berufsschüler. :: 1912 : ::

Am Jahreschlus.

Bieberum stehen wir am der Jahresende. Rücksichtend, prüfen wir, was uns das Jahr gebracht, ob es gehalten, was wir uns von ihm versprochen.

Wir sind vorwärts getreten in unserer Bewegung! daß erste Reaktionen in unserer Rückschau. Freilich, unsere Sitzungen eine leichte. Um steten Kampf mit dem Gegner zu führen sich schon Fuß für Fuß Terrain für unsere Aktion erobern müssen. Über trocken haben mit veragt. Die im Jahre 1912 neu gebildeten Sectionen Baderborn und Bonn legen Zeugnis ab von den Schritten, die wir erzielten. Das auch die schon bestehenden Sectionen eine Vermehrung der Mitglieder erhalten, konnte mit Erfolg auf der Essener Konferenz Capiererktionen festgestellt werden.

Die Gegner weiter über die "151" spötteln, sie machen dadurch nur selbst lächerlich. Wenn sie die Zahl mehrfach üplizieren, werden sie immer noch nicht an die Wirklichkeit herantkommen. Freilich soll auch nicht vertaut werden, hier und dort von unseren Kollegen eine größere Regelmäßigkeit erwartet werden können. Wenn's nicht der Fall so wollen wir doch hoffen, daß es dem auf der Essener Konferenz neugedachten Centralausschuß geschieht wird, diese Kollegen im kommenden Jahre besser an Arbeit zu bringen.

Die Verhinderung der Lohn- und Tarifbeiträge in den Hauptmied unserer Organisation, führte jahr abgelaufenen Jahre nicht so viele Bewegungen her, als daß in früheren Jahren der Fall war. Erklärt sich so doch daraus, daß die größere Zahl unserer Kollegen unter Tarifverträgen arbeiteten, die erst zu einem späteren Zeitpunkte ablaufen. Wie auf dem Verband in seiner letzten Sitzungen mitgeteilt, hat der Verband für die Capiererkollegen abgeschlossen. Im Jahre 1912 waren es nur die Kollegen in beiden Städten und Frankfurt, die in Tarifbewegungen standen. Beide Fälle kam es zum Neuaufschluß.

Die Organisations niedrigere Unterstellungen zahlte als der "freie" Verband. Selbst wenn das der Fall wäre, dürfte das für keinen Mitglied unserer Organisation ein Grund sein, dem Verband den Rücken zu kehren. Denn die Unterstützungsvereinigungen sind in gewerkschaftlichen Organisationen immer nur Nebenangebote und Mittel zum Zweck. Da aber immerfort mit den höheren Unterstellungen des roten Verbandes agitiert wird, sei in folgendem ein Vergleich der beiderseitigen Unterstützungsleistungen gegeben.

Vorweg sei bemerkt, daß der statutarische Beitrag des sozialdemokratischen Capierereroberbands pro Woche 60 Pf. beträgt; hingegen in unserer Organisation nur 50 Pf. Es beträgt die Arbeitslosenunterstützung im soz. Kapitalverband christolicher Holzarbeiter (resp. im soz. Kapitalverband) nach 52 Beiträgen 6 M. die Woche, höchstens 42 M. (6 M. — 48 M.); nach 104 Beiträgen 7 M., höchstens 49 M. (6 M. — 48 M.); nach 136 Beiträgen 7 M., höchstens 49 M. (7,50 M. — 60 M.) nach 156 Beiträgen 8 M., höchstens 56 M. (7,50 M. — 60 M.); nach 208 Beiträgen 9 M., höchstens 63 M. (9 M. — 72 M.); 260 Beiträge 10 M. — 70 M. (9 M. — 72 M.); 312 Beiträge 11 M. — 77 M. (9 M. — 72 M.); 364 Beiträge 12 M. — 84 M. (9 M. — 72 M.). Daraus die Unterstützungsduer in unserem Verband 7 Wochen währt gegen 8 im sozialdemokratischen Verband ist doch der Höchstbetrag der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verband um 12 M. höher. Dazu wird im soz. Verband die Arbeitslosenunterstützung bei Mitgliedern, die sich auf Reise begeben, verrechnet. In unserem Verband ist das nicht der Fall. Als Gegenleistung gewährt indes der soz. Verband die Arbeitslosenunterstützung schon nach drei Sonntagen; bei uns sind sechs Sonntage vorgesehen. Die Reiseunterstützung beträgt in ihrer Endsumme bei 52 Beiträgen (bei jungen Kollegen, die direkt nach beendetem Lehrzeit eingetreten sind, bei 26 Beiträgen) 42 M. (pro Tag 1,00 M.) 42 Tage lang. Der Kapitalerwerb band zahlt bis zu 15 M. für ausgelernte Kollegen, bis zu 48 M. nach

vorgelehen. Außer der genannten gibt es eine Reihe von 130 Beiträgen — Höchstbetrag der Reiseunterstützung 60 M.; 208 Beiträgen — Höchstbetrag 72 M. In unserem Berbande gibt es außer der 52 Wochenliste noch solche von 104 Wochen — 49 M. Höchstbetrag; 156 Wochen — 56 M. Wochen — 63 M.; 260 Wochen — 70 M.; 208 Wochen — 77 M.; 364 Wochen — 84 M. Der sog. Berband zahlt in einer Reihe von Großstädten zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit noch eine Ausenthaltsunterstützung von 1 M. die mit der Reiseunterstützung verrechnet wird.

Die **Franzenunterstützung** ist in unserem Berbande bedeutend besser ausgebaut wie in der sozialdemokratischen Organisation. Sie wird bereits nach einer Rarentzeit von einer Woche gezahlt, also von der zweiten Woche ab. Der sozialdemokratische Berband zahlt die Krankenunterstützung erst nach einer Rarentzeit von vier Wochen, also von der fünften Woche ab. Bei uns währt die Unterstützungszeit dauer 14 Wochen, im sozialdemokratischen Berbande nur 10 Wochen. Siektoren-

ung, etwas weniger arbeiten. Daher liegen die Kollegen Eßlin und Eßen mitten in der Bewegung. Hoffen daß um das neue Jahr gute Erfolge bringt. Die Ergebnisse werden gewiß um so größer sein, je mehr die Kollegen die Sichtung ihres Berbandes bedacht sind. Mögen sich als alle Berufskollegen, die sich in unserer Organisation zusammengefunden haben, ihrer Pflicht bewußt sein.

—————

Ein Vergleich.

Die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften können in allen Verbänden über einen Leisten geübt werden. Es wird bei deren Gestaltung immer zu berücksichtigen sein, welche Bedürfnisse am ehesten zu befriedigen sind, und welche Richtung sich mit der Finanzgeschäfthand des Berandes in lang bringen läßt.

Die Vereinigung

Unter Berband zahlt nach 52 Beiträgen 50 Pf. bis zum Höchstbetrage von 42 Mr. Dann steigt die Unterflözung mit jedem Jahr Beitragsleistung mehr (in 14 Wochen) auf 49 Mr., 56 Mr., 63 Mr., 70 Mr., 77 Mr., 84 Mr. Im Einbezug jährt unser Berband beinach 1 Mr. pro Tag, auf die Dauer von 14 Wochen nach einöfentlicher Rorenzeit; der sozialdemokratische Berband zahlt 75 Pf. pro Tag auf die Dauer von 10 Wochen, nach viermöfentlichen Rorenzeit.

Das Gittergitter befindet in unterem Zustande nach
52 Beiträgen 25 M. (im sozialdemokratischen Berhamb 30 M.),
nach 104 Beiträgen 80 M. (35 M.), 156 Beiträge 40 M.
(40 M.), 208 Beiträge 48 M. (45 M.), 284 Beiträge
50 M. (50 M.), 312 Beiträge 50 M. (55 M.), 364 Bei-
träge 60 M. (60 M.), 416 Beiträge 60 M. (65 M.), 468

abgerufenen Sitzungen fassen kann, der Vorsitzende die Wahlzeit
seit vorgesehen lassen und höhere Güte bewilligen. Ein sozial-
demokratischer Verband besitzt keine bestimmte Norm. Die
Höhe der Unterstützung ist in jedem Einzelfalle in das Be-
lieben des Hauptvorsitzenden gestellt.
Eine Miniträumung, wie sie unser Verband
an die zum Militär einrückenden Kollegen in Höhe von 10
und 15 M. zahlt, hat der sozialdemokratische Verband nicht
eingeführt.
Dies in allem kann so gesagt werden, daß unsere Unter-
stützungseinrichtungen keineswegs schlechter, weit eher aber
besser als die des sozialdemokratischen Verbandes genannt
werden können. Ein Vergleich des gesamten Unterstützungs-
wesens, fällt sicherlich nicht zum Nachteil unserer Organi-
sation aus.

Tarifstatistisches aus dem Tapetiererberuf

Bei der Mietzusage unterliegt sie die sozialdemokratische Verbands eine Mindest-Mitgliedschaft von 104 Beitragsmonaten vor. Soll die Umzugsumverteilung befolgen werden, so wird sie erneut erst wieder nach einer Wartezeit von 104 Wochen genehmigt. Der neue Wohnort muss mindestens 25 km vom früheren Wohnort entfernt sein. Es wird dann genehmigt bei 104 Beiträgen 20 M., bei 156 Beiträgen 25 M., 208 Beiträgen 30 M., 260 Beiträgen 35 M. Außerdem kann ein Anschlag als Darlehen genehmigt werden bei einer Entfernung von 50 km, in Höhe von 5 M., 100 km 10 M., 200 km 15 M., 300 km 20 M., 400 km 25 M., über 500 km von 30 M. Dieses Darlehen braucht nicht juristisch geachtet zu werden, wenn die Mitgliedschaft ein Jahr nach dem Bezug noch besteht. — In unserem Verbunde wird die Umlaufunterstützung genehmigt, wenn die Strecke 20 km beträgt. Nach 52 Beitragsmonaten beträgt die Unterstützung 20 M., nach 104 Wochen 30 M., nach 156 Wochen 35 M., nach 208 Wochen 40 M. Nach dem Bezug ist eine Wartezeit von nur einem Jahre zum erneuten Bezug notwendig.

zu 26 Wochen Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Verband bei lebigen Mitgliedern „M.“, bei verheirateten Mitgliedern 12 M. die Woche. Unser Verband zahlt aus der Sparschafft an Kollegen, „... erst während der Sohnbenbung beigegetreten sind, bekanntlich keine Unterstützung. Dafür zahlt er jene Kollegen, die schon jahrelang Beiträge leisteten, umso besser. Er macht auch in der Grund-Unterstützung keinen Unterschied zwischen lebigen und verheirateten Kollegen, da beide die gleichen Beiträge bezahlen. Hingegen zahlt er ebenso wie der sozialdemokratische Verband, verheirateten Mitgliedern für jedes Kind unter 14 Jahren einen Zufluss von 1 M. pro Woche. Nach 1/2 bis 1 jähriger Mitgliedschaft zahlt der sozialdemokratische Verband für lebige Mitglieder pro Woche 10,50 M., für verheiratete 13,50 M.; unser Verband zahlt allgemein 9 M. Nach 52 Beiträgen beträgt der Zuschuss im sozialdemokratischen Verband 12 resp. 15 M., in unserem Verband 12 M. Im sozialdemokratischen Verband ist damit der Höchstbetrag erreicht. In unserem Verband steigt er bei 150 Beiträgen auf 18 M., 260 Beiträge 14 M., 364 Beiträge 15 M., 520 Beiträge 16 M. Der sozialdemokratische Verband zahlt die Unterstützung bei Streit nur an diejenigen Mitglieder, die länger als drei Tage an einem Streit beteiligt waren. Unser Verband zahlt auch dann die Streitunterstützung, wenn der Streit bis zu drei Tagen rückt. Hingegen gestohlt der sozialdemokratische Verband in Fällen, wo verheiratete Kollegen bei einem Streit auswärts arbeiteten, umzubringen. Unser Verband zahlt in diesem Falle ein Drittel. Die Menge der Unterstützung ist also bei uns in gleicher Weise geregelt, wie die Streitunterstützung. Ein

Die umfangreiche Qualität ist in jüngster Zeit deutlich abgenommen, da bei herabgesetztem Tarifgehalt und der Ausdehnung der Tarifverträge im einzelnen Falle, nur die vom sozialen Verbande abgeschlossenen 42 Betriebe beschäftigt. Die Arbeitgeber haben sich nur in einer sehr geringen Umfangen an der Einführung des Tarifstatischen Materials beteiligt. Am stärksten ist auf Wirtschaftsbereiche an den Tarifabschlüssen beteiligt der Schuhverband für Möbel- und Decorationsgeschäfte in Niedersachsen und Westfalen, der am Jahresende 1911 mit 11 Tarifen für 99 Betriebe und 542 darin beschäftigten Geschäften auftritt. Außerdem melben ihre Beteiligung an Tarifverträgen die Firmungen resp. Arbeitgeberverbände in Chemnitz mit 285 Geschäften; Danzig mit 80 Geschäften, Dresden 1000 Geschäften, Königsberg 110 Geschäften, Regensburg 27 Geschäften, Stuttgart 326 Geschäften und Weimar mit 85 Geschäften.

Die im Jahre 1911 abgeschlossenen Sondertarife, sowohl sie von der amtlichen Statistik erfasst worden, machen 1,1 Prozent aller in diesem Jahre abgeschlossenen Tarifverträge aus. Die beteiligten Betriebe ergeben 4,5 Prozent, die beteiligten Arbeiter 1,8 Prozent aller an Tarifabschlüssen im Jahre 1911 Beteiligten.

Wurde in den Tarifvertrag, der erneut resp. neu abgeschlossen wurde, entfallen im Durchschnitt 49,8 Betriebe und 174 Geschäfte, von denen 115,8 sozialb. organisiert waren. Auf einen an den Tarifabschlüssen beteiligten Betrieb entfielen im Durchschnitt 3,5 Geschäfte. Da selbst in Betrieben mit Tarif

mit der Fertigstellung Unterhandlungsräten von 1 bis Monaten vorgesehen.

Die folgende Tabelle zeigt die durch die Tarifverträge für 1 Betrieb mit 14 Geschäften auf 8 Stunden festgesetzte 403 Betriebe mit 1120 Geschäften betragt sie über 8 8/10 für 709 Betriebe und 2280 Geschäften über 8 1/2 0 Stunden, für 85 Betriebe mit 251 Geschäften über 0 9/10 Stunden, für 1 Betrieb mit 10 Geschäften über 0 10 10 Stunden. Inbegriffen ist die gleiche Arbeitszeit in 10 Tarifen für 802 Betriebe mit 8620 Geschäften.

Die wöchentliche Verarbeitungszeit beträgt für 801 Betriebe und 8014 Geschäften 48 bis 50 Stunden, für 403 Betriebe und 1126 Geschäften über 50 bis 52 Stunden, für 7 Betriebe und 2280 Geschäften über 52 bis 54 Stunden, 37 Betriebe mit 96 Geschäften über 54 bis 56 Stunden, 49 Betriebe mit 155 Geschäften über 56 bis 58 Stunden, 1 Betrieb mit 10 Geschäften über 59 bis 60 Stunden, bestimmt ist die wöchentliche Verarbeitungszeit für 2 Betriebe 20 Geschäften.

Der niedrigste Betrag des Stundentlohn beträgt für Betriebe mit 214 Geschäften 35 bis 45 Pf.; für 880 Betriebe mit 1087 Geschäften über 45 bis 55 Pf.; für 511 Betriebe mit 1482 Geschäften über 55 bis 65 Pf.; für 802 Betriebe mit 3620 Geschäften über 65 bis 75 Pf. Da besteht mobilisierter Wettbewerbshandel für Supermärkte in Röntgenbelichtung für Pfeilwurzeln, die durch die Anwendung

Minuten.	Zeit	Ge. II 10
Beratung u. eines Völker- rechts- Gesetzes	10.00	Beratung u. eines Völker- rechts- Gesetzes
parlamentar- ischen Gesell- schaften	10.00	parlamentar- ischen Gesell- schaften
Arbeitsausschus-	10.00	Arbeitsausschus-
Sitzungen	10.00	Sitzungen
zu breit liegen	10.00	zu breit liegen

In einem Falle bedrängt durch uns und ertrug es nicht mehr. In fünf Minuten war er verschwunden. Er schreibt, daß er nachher eine Nachricht, resp. Meldung erhalten habe, daß er in Brotzeit „Geschenke“ geschenkt habe. Gleichzeitig ist er in Brotzeit. Gleichzeitig ist er in Brotzeit. Gleichzeitig ist er in Brotzeit.

le Weisepause über 15 Min.
zu 1000000 sind in 22
Täufen für die Verwendung
aufgewiese des Spülbenzins.
Zudem kommt ein Zusatz,
der Rindungssell für die
Or. Diese verträgt nur die
Nr. 51, die "Gallier" und
verbüte über die Stettheit der
Rechte der Grasarbeiter;
verhandelt, ausdrücklich fest-
setzt, dass das Wort nach dem
französischen Rechtersatz
"Geben", das mit einer
ein Durchmühlt (hauptsäch-
liche Rechte) nur Götzen,
ein Sachschmuck zulassen,
nicht den Betrieb des Dorfes
durchdringen lassen. "

Beträgt nun 68,3 Prozent der unter Tariflichen Verhältnissen arbeitenden Gehilfen, Mitglieder des Soziald. Verbandes ergibt sich schon daraus, daß unserer Organisation noch großes Agitationsfeld offen ist.

Von den 42 Tarifverträgen, über die die Statistik berichtet, hatten 8 Gültigkeit für je einen Betrieb = 19 % mit gesamt 93 Gehilfen = 1,8 %; 13 gelten für 2 bis 10 Betriebe = 30,9 % (insgesamt 372 Gehilfen = 5,1 %), 6 für 11 bis 20 Betriebe = 14,8 % (284 Gehilfen = 8,9 %) für 21 bis 50 Betriebe = 16,7 % (657 Gehilfen = 9,0 %) für 51 bis 100 Betriebe = 14,3 % (1204 Gehilfen = 16,4 %) für über 100 Betriebe = 4,8 % (4700 Gehilfen = 64,8 %).

Es hatten die 1911 abgeschloßenen Tarife Gültigkeit 6—10 Personen: 5 Tarife = 11,9 %, mit 43 Gehilfen = 0,6 %; für 11—20 Personen: 9 Tarife = 21,4 %,

Freiburg 46 Pf. (68,0%), Weimar 45 Pf. (61,8%), Jena
 per. für 45 Pf. (61,8%), Göttingen 46 Pf. (61,8%), Götha 45 Pf.
 für (61,6%), Süßed 58 Pf. (71,2%), Bremen (Varb) 50 Pf.,
 Ifsen Hamburg 60 Pf. (82,2%). Da die Beratungsbestimmungen
 nicht überall gleichlaufen, dürfen sie auf Grund dieser Bahnen
 richtig Vergleichs nicht in allen Fällen sicher leisten.
 So hauptsächlich für Webershunde, Nachr. und Sonntags-
 arbeit schon 41 Beratige vor. 10 Pf. Ratage für jede
 mittlere Shunde ist in 4 Beratigen festgelegt, über 10—20 Pf.
 in 8, über 20 Pf. in einem Bertrag; 10—20 % in einem
 Bertrag, 20—50 % in 82 Beratigen. Bei Sonntagsarbeit
 schon 2 Beratige 10—20 Pf. Ruffung pro Shunde vor, drei
 ber 20 Pf., 28 über 20—50 %, 2 über 50 %. Bei
 Ifsen Ruffung rückt in einem Falle ein Ruffung vor über 10
 bis 20 Pf. gestellt, in zwei Fällen über 20 bis 30 Pf., in
 einem Falle über 50 Pf., in 28 Fällen über 25 bis 50 %,
 in 6 Fällen über 50 % Ruffung.
 Nur im Fall 6 sind nach dem im Jahre 1911 ab-

207

99
sie
die
Vorlesungen "Götting" in einem Heft über die Geschichts-
vorbereitungen bei den Koalitionskriegen der Staatsarbeiter:
"Da ist wohl überall, weil sehr unverständlich, ausdrücklich fest-
gestellt, daß die "Götting", die in der Frage des Worts nochmals
eine Schrift verfasst, um die Tatsachen die Welt nicht
dann zu verlieren, "Kämpferisch" wiedert, das mit großer
Pech gleichbleibt." Darin sind die Geschichtsschreiber
und der Schriftsteller der Revolutionäre gegen Götting,
der mit einigem Nachdruck aussieht, den Sachverhalten vorgehen,
entweder nur ihre phantomenalen Erfahrungen den Schilderung
ihren Werken verleihend aus dem vorausgehenden Augen."
So leben also die "Götting" auf. Damit vergleiche man
den sozialdemokratischen Redner, den A. Vornhembach die Uni-

verdoppelt. Jedoch kein Nutzen, kein Rasten auf dem Erwerben darf es geben, unaufhörlicher Fortschritt muß die Parole sein. Im nächsten Jahre kommt der Schreinertarif zum Ablauf; Nichtorganisierte sind in den einzelnen Branchen und unter den angelernten Arbeitern noch viele vorhanden. Die Versammlung war gut besucht. Dasselbe gilt von denjenigen im nahen Oberhausen. Hier sind im Verhältnis zu Duisburg nur wenige Holzarbeiter beschäftigt, welche meist organisiert sind. Dieses gilt jedoch nicht von dem großen industriellen Werke dort, von der Guten Hoffnungshütte, wo noch viele Organisationsarbeit zu leisten ist.

Von hier aus ging es zum engeren, niederrheinischen Gebiete und zwar nach der alten Festungsstadt Wesel. Hier haben unsere Kollegen in diesem Sommer im Schreinergewerbe einen dreiwöchentlichen Lohnkampf geführt, welcher ihnen dann eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden pro Woche und eine Lohn erhöhung von 7 Pf. pro Stunde erbrachte, neben den sonstigen Verbesserungen. Nur durch strenne Disziplin war es möglich, ein solch günstiges Ergebnis zu erzielen. Wann werden die zahlreichen Arbeiter der Klavierbranche hieraus die Lehre ziehen und sich ebenfalls Vertragsverhältnisse eringen. Zur Versammlung waren von unserem ehrwürdigen Vorstande Einladungen an eine Anzahl Lehrlinge ergangen, welche er reulicherweise erschienen waren und mit großem Interesse den Ausführungen des Referenten folgten. In der alten Stadt Emmerich am Rhein findet die Gewerkschaftsbewegung einen sehr steinigen Boden. Trotzdem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse speziell im Holzgewerbe noch sehr viel zu wünschen übrig lassen, ist der Indifferenzismus noch sehr groß. Tag für Tag bringt die Kleinbahn von der nahen holländischen Grenze her Hunderte von gelernten und ungelernten ausländischen Arbeitern nach Emmerich, welche für den Organisationsgedanken nur sehr schwer zu gewinnen sind. Jähre und ausbarende Arbeit ist hier noch von den organisierten Kollegen zu leisten, um gegenüber anderen Orten des Niederrheins nicht ganz zu weit zurückzubleiben. Die Versammlung in Cleve war gut besucht. Haben doch die Vorgänge in diesem Jahre gezeigt, wie notwendig die gewerkschaftlichen Tugenden gepflegt werden müssen, wie es gilt, das Errungene zu erhalten und neue Positionen zu erobern. Die Betriebsversammlung der Holzbearbeitungswerke von A. van den Bergh war ebenfalls gut besucht. Neben der Besprechung der allgemeinen Situation wurden spezielle Betriebsangelegenheiten erörtert. Dem angeregten Wunsche, demnächst eine besondere Versammlung in Kellen abzuhalten, wird entsprochen werden. Die anwesenden 10 nichtorganisierten Kollegen liegen sich aufzunehmen. Beschllossen wurde, weitere energische Werbearbeit zu leisten. In Coesfeld stehen unsere Kollegen wie in Cleve vor dem baldigen Ablauf des Vertrages im Schreinergewerbe. Da gilt es heute schon alle Vorbereitungen zu treffen, damit man nachher nicht von den Ereignissen überrascht werden kann. Einzelne Vorgänge auf der Margarinesfabrik, sowie in der Pinselfabrik von Belling, sorgen ebenfalls dafür, daß das gewerkschaftliche Interesse unter den Mitgliedern nicht erlahmen kann. Ernstige Gewerkschaftsarbeit ist noch im nahen Wege zu leisten. Eine große Anzahl von gelernten und ungelernten Arbeitern steht noch der Organisation fern. Mit Maßregelungen, Versprechungen und Aussicht von Prämien für Nichtorganisierte hat man hier seit Jahren die Organisation bekämpft. Was haben die Maschinenarbeiter der Firma G. Geenen davon gehabt, daß sie damals um einer Lohn erhöhung von 10 Pf. pro Tag willen, ihr Organisationsrecht aufgaben, wie stehen sie heute in ihrem Lohn gegenüber organisierten Maschinenarbeitern in anderen Orten zurück? Können die von der Firma Gebrüder Geenen angekündigten Prämien den Sägearbeitern eine wirkliche Lohn erhöhung und die Ausgabe ihrer gesetzlich gewährleisteten Rechte erzeugen? Auch hier wird es noch einmal Tag werden. Die leichte Versammlung, welche in Kevlaer stattfand, sollte Gelegenheit geben zur Prüfung, ob der nach zehnwöchentlichen Kampfes mit den Meistern abgeschlossene Vertrag auch überall eingehalten werde, was im allgemeinen konstatiert werden konnte. Wo noch Vorstoße gemeldet, wurde sogleich das Nötige veranlaßt. Erfreulich ist das einige und geschlossene Zusammensetzen der Mitglieder, welches denselben ja auch den Erfolg in dem hartnäckigen Kampfe trotz vieler Hindernisse gebracht hat. Eine größere Zahl von nichtorganisierten Buchbindern hatte sich zu unserer Versammlung eingefunden und konnten dieselben nach den eingehenden Darlegungen des Referenten fast sämlich für den Graphischen Verband gewonnen und im weiteren Verlaufe eine Zahlstelle des Verbandes errichtet werden.

Hiermit wären wir am Schlusse unseres Berichtes angelangt. Derselbe soll dazu dienen, das Interesse der Zahlstellen und der einzelnen Mitglieder zu wecken; soll sie bekannt machen mit den wichtigen Verhältnissen im Gewerbe, sowie mit den Kämpfen und Schwierigkeiten, welche überall, wenn auch in verschiedenen Maße zu überwinden sind. Derselbe soll erneut anspornen zu ehemal Wettbewerb um die Förderung und Ausbreitung unseres Verbandes. Jede Zahlstelle, jedes Mitglied muß mitmachen das von unserem Verbandstag aufgestellte vorläufige Ziel von 20 000 Mitgliedern baldigst zu erreichen. Vorwärts auf der ganzen Linie! muß die Parole lauten.

—

Berichte aus den Zahlstellen.

Wiedenbrück. Eine der wenigen Zahlstellen unseres westfälischen Bezirkes, die noch keine besondren Erfolge bei der allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen hat, ist unsere Zahlstelle. Es hat dieses seinen Grund darin, daß in unserem Drie, wo die Holzindustrie ziemlich Bedeutung hat, noch so viele Kollegen abseits der Organisation stehen. Dieser Umstand war Gegenstand der Beratung unserer letzten Mitgliederversammlung, in welcher unser Bezirksleiter uns einen Vortrag über die wirtschaftliche Bedeutung der Betriebsorganisation hielt. Ausdauer und jahres festhalten an den einmal begonnenen Verbesserungen, so führte der Referent aus, werden und müssen, wie ebenfalls, so auch in Wiedenbrück dahin führen, daß das Recht des Arbeiters zur Geltung kommt. Auch schon in anderen Orten hat es lange gedauert, bis unter Einfluß so weit geboten war, daß mit nemenswertem Erfolge an die Besserung der Arbeitsverhältnisse herangetreten werden konnte. Es braucht nur auf das nahegelegene Lippstadt verwiesen zu werden, um ein Beispiel zu haben, was durch jahre Ausdauer erreicht werden kann. Es herrsche darum auch nur eine Meinung in der Bevölkerung und zwar die, unentwegt festzuhalten an unserem Verbande und durch unermüdliche Werbearbeit die noch abseitsstehenden Kollegen zu gewinnen. Im Laufe dieses Winters sollen durch auswärtige Referenten Vorträge gehalten werden, damit wir auch in die Lage versetzt werden, allen uns gestellten Aufgaben in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gerecht werden zu können. Gerade in Wiedenbrück, wo wie Holzarbeiter fast die einzige Arbeiterschaft sind, die gewerkschaftliche Arbeit zu leisten hat, ist eine gute

Schulung die Hauptbedingung. Mögen daher die Kollegen sowohl bei der Hausagitation, wie auch in den Versammlungen ihren Mann stellen. Wir wollen und wir müssen vorwärts kommen!

Lohne i. D. Am Sonntag den 24. November stand im Hotel zur Post unser Kartellfest statt. Fast sämtliche Kollegen waren mit ihren Angehörigen erschienen. Als Gäste nahmen an der Feier teil der Bürgermeister und Gemeindevorsteher, sowie der Präses und Vizepräs des kath. Arbeitervereins. Die Festrede wurde gehalten vom Kartellvorstehenden Kollegen Dammann. Redner behandelte das Thema: Organisiert euch, schließt euch zusammen! zunächst wurde die Entstehung und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften geschildert, dann kennzeichnete Redner die Gründe, warum jeder Arbeiter christlich organisiert sein muß. Begeistender Weise lohnte den Vortrag und befürwortete, daß alle Anwesenden voll und ganz auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften standen. Beachtenswert waren auch die Worte des Herrn Arbeitervereinspräses, Kaplan Stegemann, der immer für unsere Sache eingetreten ist. Er wünschte den christlichen Gewerkschaften glückliches Wachsen und Gediehen und sprach er dann die päpstliche Enzyklika. — Zum guten Verlauf des Festes trugen bei, der von einem Kollegen verfaßte Prolog, sowie ein Gedicht, worin Fried und Bereitstellung der christlichen Gewerkschaften gefeiert wurden; Musik und Theater fehlten selbstverständlich auch nicht. Sämtliche Spieler leisteten Vorzügliches. Am Schlusse des Festes forderte der Vorsitzende alle Mitglieder auf, fest und treu zum Verbande zu stehen und für denselben zu agieren. Damit fand die schöne und programmatisch verlaufene Feier ihr Ende. Möge das Fest seinen Zweck nicht verfehlten, nämlich, daß auch die Angehörigen der Mitglieder unsere Sache verstehen lernen und dieselbe fördern helfen. Die Mitglieder selbst möge das Fest von neuem in ihrer Überzeugung gestärkt und zu neuer Arbeit begeistert haben.

Auberg. Am Sonntag den 8. Dezember stand unsere Generalversammlung statt. Zahlreich waren die Kollegen erschienen, galt es doch für das Kampfjahr 1913 eine neue Vorstandschaft zu wählen. Als 1. Vorsitzender wurde unser bisheriger hemmhafter Kollege Fruth mit sämtlich abgegebenen Stimmen gewählt. Derselbe nahm zur Freude aller Kollegen die Wahl wieder an. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Ruppert wieder gewählt. Die übrigen Verwaltungsratsmitglieder wurden, nachdem sich kein Widerspruch erhob, durch Zuruf gewählt: 1. Kassierer Kollege Lotter, 2. Kassierer Kollege Schneider, 1. Schriftführer Kollege Gütler, 2. Schriftführer Kollege Ignaz Linsemeier. Nachdem die Wahl beendet war, erstattete Kollege Andreas Linsemeier ein Referat über das Kampfjahr 1913; der Vortrag wurde von den Kollegen sehr beifällig aufgenommen. Mögen alle Kollegen aus den Ausführungen die Anwendung ziehen, eifrig und unentwegt zu agieren, bis der letzte indifferente Kollege unserem Verbande angeschlossen ist, damit wir einem evil. Sturm getroffen entgegen sehen können. Möchten aber in Zukunft alle Kollegen auch die Versammlungen so gut besuchen wie das bei unserer Generalversammlung der Fall war.

Korbmacher.

Grauelbaum. Ueber „Wichtige Fragen der sozialen Versicherung für die hiesigen Korbmacher“ sprach in einer am letzten Sonntag stattgefundenen Versammlung Kollege Schmid-Freiburg. Nachdem jetzt die Korbmacher sich in der Organisation zusammengeschlossen haben, ist es möglich, auf den verschiedensten Gebieten die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. So bringt die Reichsversicherungsordnung auch für die hiesigen Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung manche Änderung, manche Verbesserung. Diese den Arbeitern in vollem Umfang zugänglich zu machen, wird eine wichtige Aufgabe für die Organisation und der angehörenden Arbeiter sein. Bislang waren die hiesigen Arbeiter in der Gemeindekrankenkasse versichert. Da der für hier festgesetzte Ortslohn erwachsener Arbeiter nur 2.20 R. beträgt, die Gemeindeversicherung aber nur die Hälfte dieses Tagelohnes als Krankengeld gewährt, so erhielten die Arbeiter im Fall der Krankheit nur 1.10 R. pro Tag Krankengeld. Da durch die Reichsversicherungsordnung die Gemeindekrankenkassen bestätigt werden, so ist hier in Zukunft mit anderen Verhältnissen zu rechnen. Landkrankenkassen aber werden in Baden nicht errichtet, sodass hier künftig mit einer Ortskrankenkasse zu rechnen ist. Nach einem Schreiben des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern an den Vorsitzenden der Kommission für Justiz und Verwaltung der 2. Kammer der Landstände dürfte für das Amt Schel zu welchem Grauelbaum gehört, eine Ortskrankenkasse in Aussicht zu nehmen sein. Im Amt Schel waren am 31. Dezember 1910 4275 Mitglieder von Ortskrankenkassen und Gemeindekrankenkassern vorhanden. Durch die wirtschaftliche Entwicklung, durch die industrielle Durchsetzung durfte aber diese Zahl sich bis heute wesentlich erhöht haben. Ebenso dadurch, daß sich der Kreis der Versicherungspflichtigen auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherung erweitert hat. Allerdings unterstanden im Großherzogtum Baden bisher die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, wie auch die Dienstboten bereits der Versicherungspflicht. Immerhin kommt hierzu die Ausdehnung auf die Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bäckerei- und Schuhherstellern, Lehrern und Lehrerinnen, Hausgewerbetreibende, auf die unständig und im Handelsgewerbe Beschäftigten. Ferner durch die Erhöhung der Versicherungsgrenze von 2000 auf 2500 R. Jahresverdienst, wie auch durch die Auflösung der Betriebskrankenkassen mit weniger als 100 Mitgliedern. Also ist wohl mit einer erheblichen Erhöhung der Zahl der Versicherungspflichtigen zu rechnen. Nun waren am 31. Dezember 1910 im Amt Schel 2 Distrikts-Gemeindekassen, 24 Gemeindeversicherungen, 1 Ortskrankenkasse, 3 Betriebs- und 1 Freiwilligekasse die Träger der Versicherung. Da wird die Zukunft lehren müssen, ob mit einer Ortskrankenkasse auszukommen ist, oder ob nicht zweckmäßig für den ausgedehnten Amtsbezirk eine zweite Kasse errichtet werden soll. Hier geeignete Schritte zu tun, wird Aufgabe der Organisation in Verbindung mit den Arbeitern sein müssen. Ob nun ein oder zwei Ortskrankenkassen errichtet werden, auf alle Fälle ergeben sich dadurch für die Arbeiter wichtige Änderungen. Die Arbeitgeber werden sich der Firma aufwärts Arbeitswillig zur Verfügung gestellt, die der vertragstragenden Firma Wirtschaftsdienste leisten. Schuldiarien, Rotes, Beichenblätter und Beichenblöcke sind Gegenstände, die gerade von Arbeiternfindern Rheinlands und Westfalens viel gebraucht werden. Die von den tarifträchtigen Firma hergestellten Waren tragen das Fabrikzeichen S. v. d. H., das in einem Kreis steht. Die christlichen Arbeiter können selbstverständlich kein Interesse an der Unterstützung einer tarifträchtigen Firma haben.

Eine Richtigstellung. Im Leitartikel der Nr. 51 des „Holzarbeiter“ war mitgeteilt, daß die Firma Buchholz und Berlin in Kevlaer 50 Buchbindern gefeuert habe, weil sie sich christlich organisierten. Diese Meldung beruht auf einem bedauerlichen Missverständnis am Fernsprecher, daß durch die Erregung, in der sich die Kevlaerer Buchbinden z. B. wieder einmal befinden, wohl zu verstehen ist. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die Firma Thum es ist, die jetzt nach

biete der Arbeiterschutz- und Versicherungsgegenüber, für die Arbeiter bedeutende Aufgaben zu erfüllen sind; daß die Arbeiter bei der Erledigung auch dieser Aufgaben ein gewölktes Wort mit zu reden haben; daß auch hier eine gesunde Interessentvertretung der Arbeiter notwendig ist. Alles dieses aber wird nur erreicht werden können, wenn die Arbeiter zusammenstehen, wenn sie durch die Organisation geschult und mit den einschlägigen Fragen vertraut gemacht werden, wenn die Arbeiter in der Organisation planmäßig und einmütig die Regelung der für sie so wichtigen Fragen in die Hand nehmen. Auch hier ist der Einzelne machtlos. Die Einzelmeinungen müssen zu möglichst machbaren Kundgebungen vereinigt werden. Und daraus ergibt sich dann aber auch weiter die Notwendigkeit der Organisation für die Korbmacher des hiesigen Bezirks. Mögen daher alle Kollegen bestrebt sein, diese weiter zu stärken, weiter zu festigen, weiter auszubauen. Die Korbmacher müssen immer wieder auf die wichtigen Aufgaben, die in ihrem Interesse durchgeführt werden sollen, hingewiesen werden. Unzählbare Redensarten unverantwortlicher Schwäger müssen zurückgewiesen werden. Dabei denken wir insbesondere an das in der Gegend stark verbreitete Gerücht „die Korbmacher wollen streiken“. Solange auf anderen Wegen, und deren gibt es manche, die Wahrung der Interessen der Arbeiter möglich ist, ist ein Streik ausgeschlossen. Man soll sich deshalb nicht durch dieses „Schreckgespenst“ abschrecken lassen. Einigkeit und Geschlossenheit der Korbmacher ist für alle Fälle die Hauptache. Und diese zu erhalten, muß die vornehmste Aufgabe aller Arbeiter sein, die es mit der Verbesserung ihrer Lage ernst nehmen.

Knopfarbeiter.

Gladbach. (Kreis Neuwied.) Der Organisationsgedanke scheint sich nun auch in unser Gegenstand durchzuringen, besonders unter den Knopfarbeitern. Sind doch unsere Verhältnisse nach den verschiedensten Seiten hin, noch sehr verbessерungsbedürftig. Gleich bei der ersten Versammlung erklärten sämtliche Anwesende ihren Beitritt, sodass sofort eine Ortsgruppe gegründet werden konnte. Auch wurde gleich die Vorstandswahl vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Peter Barde, Peter Hillen, Kassierer, Wilh. Hardt, Schriftführer. — In der folgenden Versammlung konnten wir wiederum 4 Aufnahmen verzeichnen. Kollegen! nunmehr gilt es unsere Brüderkollegen besonders in Ober- und Niederrhein für unsern Verband weiter zu interessieren. Alle christlich-national gesinnte Kollegen müssen für unsern Verband gewonnen werden. Wir wollen nicht mehr länger zuschauen, wie rings um uns, alle Arbeiter sich organisieren, sondern wollen diese uns zum Beispiel nehmen. Daraus, auf Kollegen, jeder werde ein Agitator für unsern Verband.

Gewerkschaftliches.

Was ist Streik- oder Sperrerei? Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband hatte über den Drechslerbetrieb einer Gummiwarenfabrik die Sperrre verhängt. Trotzdem schließen der sozialdemokratische Verband der Fabrikarbeiter seine Laien in den Betrieb. Warum? In einer Erklärung des Sperrerei-Verbandes, die in Nr. 253 der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt ist, heißt es darüber:

„Für die Verwaltung sowie für die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes war eine Sperrre über Gummiwerke in Leipzig bisher nicht bekannt. Wenn man deshalb ein Verbandsmitglied gegen den Vorwurf, er sei Sperrerei, schützt, so hat man nach Lage der Sache nur seine Pflicht erfüllt.“

Wenn die Drechsler sich bei ihren Maßregeln über gemeinsam geprägte Beschlüsse einfach hinwegsetzen zu können glauben, so haben sie auch die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen. Für heute sei nochmals gesagt, daß eine Sperrre über Gummiwerke in Leipzig für Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes nicht besteht, und zwar so lange nicht besteht, bis die Sperrre nicht gemeinschaftlich beraten und beschlossen ist!

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verbandsstelle Leipzig und Umgegend.

Für den sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband besteht die Sperrre des sozialdemokratischen Brüderverbandes deshalb nicht, weil die Sperrre nicht gemeinsam beschlossen wurde. Das ist ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wenn sich aber die christlichen Gewerkschaften auf denselben Standpunkt stellen, dann werden sie von der sozialdemokratischen Presse als „Streikbrecher“ und „Arbeiterverträger“ verdächtigt. — Bei den Sozialdemokraten gilt der Grundsatz: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“

Tarifbruch einer Papierarbeitsfabrik. Seit dem Jahre 1908 besteht in Hagen i. W. ein Tarifvertrag für das Buchbindergewerbe. Die Geschäftsbücherfabrik Schlegel & von der Heyden hat nun den Vertrag nach 4% jährigem Beisehen gebrochen, indem sie die Abfindung einer bestimmten Arbeitsart willkürlich herabgesetzt. Die von diesem Vorgehen betroffenen Arbeiter unterbreiten die Sache dem Tarifgericht, das die Maßnahmen der Firma einstimmig verurteilte. Die Firma lehnte aber den Schiedsspruch ab und trat aus der Arbeitgeber-Bereinigung aus. Da alle friedlichen Versuche zur Herbeiführung einer Verständigung an dem Widerstand der Firma scheiterten, mußte der Streik über die Firma verhängt werden, um dem Beschluss des Schiedsgerichts Geltung, resp. Anerkennung zu erzielen. Leider haben sich der Firma aufwärts Arbeitswillig zur Verfügung gestellt, die der vertragstragenden Firma Wirtschaftsdienste leisten. Schuldiarien, Rotes, Beichenblätter und Beichenblöcke sind Gegenstände, die gerade von Arbeiternfindern Rheinlands und Westfalens viel gebraucht werden. Die von den tarifträchtigen Firma hergestellten Waren tragen das Fabrikzeichen S. v. d. H., das in einem Kreis steht. Die christlichen Arbeiter können selbstverständlich kein Interesse an der Unterstützung einer tarifträchtigen Firma haben.

Eine Richtigstellung. Im Leitartikel der Nr. 51 des „Holzarbeiter“ war mitgeteilt, daß die Firma Buchholz und Berlin in Kevlaer 50 Buchbindern gefeuert habe, weil sie sich christlich organisierten. Diese Meldung beruht auf einem bedauerlichen Missverständnis am Fernsprecher, daß durch die Erregung, in der sich die Kevlaerer Buchbinden z. B. wieder einmal befinden, wohl zu verstehen ist. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die Firma Thum es ist, die jetzt nach

folglicher Wiedereinführung des Graphischen Centralverbandes, von Arbeitentlassungen vorgeht. Deshalb befürchten die Heidelberger Buchbinderei, daß auch die Firma Buch und Verlag, (wie das auch schon in früheren Jahren der Fall war) unter den 50 dort organisierten Leuten eine Masse halten wird. Die Firma Thum bestreitet zwar, daß die Kündigungen mit der Organisation der Arbeiter in einem Zusammenhang stehen. Die mit den einzelnen Arbeitern geführten Unterhandlungen geben aber Anlaß zur Vermutung des Gegenteils. Bei der veränderten Sachlage, sind so auch die an die erste Meldung geknüpften Folgerungen hinfällig.

Soziale Rundschau.

„Große allgemeine freie Krankenkasse Normania“ nannte sich jene Hilfskasse, deren Haupitleiter — der Vorsteher, der Kassierer und ein Angestellter — die Anklagebank der Altonaer Strafammer zierten. Der Vorsteher brauchte Geld für die Halsweltkästen. Ein Griff in die Kasse genügte. Der Hauptkassierer „malte“ der Kasse für 28 000 M. Stellamesschilder. Der Angestellte machte in kurzer Zeit für über 1000 M. „Neuerfundene“. Da das nicht reichte, erhielt seine Frau als Fleißunternehmerin von der Kasse einen Auftrag im Werte von 6000 M. Derartige Stückchen waren an der Tagesordnung. Insgesamt wurde die Kasse um 26 000 M. geplündert. Das Gericht verhängte über die drei Angeklagten 25, 15 und 4 Monate Gefängnis. Wer mit Kassen, die eine derartige Verwaltung haben, nichts zu tun haben will, schließe sich einer realen Hilfskasse an. Für die Mitglieder unseres Verbandes, soweit sie gesund und nicht über 40 Jahre alt sind, kann da nur die Verbands-Krankengeld-Zusatzkasse in Betracht kommen.

Soziale Kommunalpolitik der Sozialdemokraten. Im Offenbacher Stadtverordnetenkollegium wurde von bürgerlicher Seite wiederholt beantragt, Einkommen unter 1200 M. von der Kommunal-Einkommenssteuer zu befreien, da dieses die finanzielle Lage der Stadt ermögliche. Die sozialdemokratische Mehrheit lehnte diese Anträge immer ab. Neuerdings hat sie jedoch, als ein bürgerlicher Antrag auf Erlass der Steuer bei Einkommen bis 900 Mark gestellt, diesem Antrage zugestimmt. Die „Genossen“ haben es aber nicht lange bei diesem Beschuß gelassen. Ihr neuester Beschuß geht dahin, daß nur Einkommen bis zu 750 Mark von der Kommunalsteuer befreit sind. Die Vorgänge zeigen recht deutlich, was man von dem roten Sechzehn gegen die hohen Steuern zu halten hat. Wo die „Genossen“ das heißt in der Hand haben, machen sie Steuern, die für die Arbeiter drückender sind als die von bürgerlichen Volkswirten genehmigten Ausgaben.

Aus dem gewerblichen Leben.

Wegesjahrbuch I.-G. vorm. P. Herbrand & Co. in Köln-Sülzfeld wird für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 9 Prozent verteilt. Im Vorjahr betrug die Dividende 7 Prozent. Die Abschreibungen und Rückstellungen sollen leichtlich sein. Der Generalkontrolleur soll ein Antrag des Verbandes vorgelegt werden, das Aktienkapital des Unternehmens um 600 000 M. auf 3 600 000 M. zu erhöhen.

Kaufmännische J. Hagedorn & Co. Alt.-Ge. in Düsseldorf. Dieses Unternehmen erzielte in dem am 31. August beendeten Geschäftsjahr, nach Abschreibungen in Höhe von 113 099 M. (im Vorjahr 103 140 M.) einen Gewinn von 162 471 M. (im Vorjahr 146 189 M.). Die Dividenden sollen wiederum wie im Vorjahr 10 Prozent zur Verteilung gelangen.

Düsseldorfer Eisenbahnbedarf Alt.-Ge. Die Hauptversammlung der I.-G. Düsseldorfer Eisenbahnbedarf (vorm. Karl Beyer & Co.) beschloß, daß für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 13 Prozent ausgeschüttet wird. Wie der Vorstand mitteilen konnte, ist zu dem im Geschäftsjahrsbericht niedergelegten Auftragen noch ein solches in Höhe von 777 604 M. aus privaten Beziehungen, und aus Anträgen des preußischen Eisenbahnamtes von 3,45 Mill. M. bezugnahmen, sodß jetzt Beziehungen im Werte von 10 824 560 M. vorliegen. Im Vorjahr wurden nur ausgegeben 8 506 778 M., also ein Mehr von 2317 782 M. Das Aktienkapital wurde von 3,6 auf 4,1 Mill. M. erhöht. Nach dieser Wegesjahrbuch zeigt ein äußerst günstiges Bild. Ob die Schreiter an diesen gewöhnlichen Steigerungen einen entsprechenden Anteil haben werden?

Der „Härtelstein“. Den Schmiedewerken ist er bekannt: In der baden-württemberg. Grenze, 10 Minuten vom Südfänger Industriegebiet entfernt, steht im Schmiedinger Siedlungs „Härtel“ Deutschland größte Fabrik der „Härtelstein“. 250 Jahre ist der Erfolg der deutschen Metallwaren alt;

ein kleines Stück Weltgeschichte und ein großes Kapitel innerdeutschen, partikularistischen Völkerlebens hat der Baum mit angesehen. Geschlechter kamen und gingen, die Fürstenberger und die Bähringer, Nachkommen der Staufen und Hohenzollern haben im Schatten des gewaltigen, 6 m Umfang haltenden, Baumes, der mit seiner 42 m hohen Krone weit hin den Schwarzwald und die Baar beherrscht. Und nun solls mit zu Ende gehen! Viele hundert Unwetter sind über den „Härtelstein“ dahingebraust, ein Blitzstrahl zerstörte den Gipfel, fuhr in dem hohlen Innern herunter und in die Erde hinein, aber der alte Riese hielt Stand. Nun aber stellen sich die Beschwerden des Alters ein, und der Baum droht einzugehen. Der Trieb frischer Asten ist ausgeblieben, und nun sollen die Gelehrten entscheiden, ob eine Erhaltung des ehrwürdigen Zeugen längst vergangener Zeiten noch möglich ist, oder ob er der Axt weichen muß.

Literarisches.

Sämtliche an dieser Stelle, sowie auch im Inseratenteil angezeigte Schriften, sind zu beziehen vom Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Postfach 157. — Unser Gewerkschaftsverlag liefert zu den gleich günstigen Bedingungen wie jede andere Buchhandlung.

Von der Geschäftsstelle des Verbandes werden Schriften an einzelne Zahlstellen oder Mitglieder nicht mehr versandt. Alle Schriftenbestellungen sind deshalb direkt an den Gewerkschaftsverlag zu richten.

Das Taschenbuch für evangelische Arbeiter 1912, herausgegeben von Pfarrer D. Weder und Pastor Lic. Münni, R. d. R. Berlin erscheint nun schon zum siebten Male und hat sich längst in weiten Kreisen Bürgerrecht erworben. Recht aktuell sind die Aufsätze: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung“, „Wedel enlaut“, „Gelbe Verbände“ usw. Reiches Material über den Stand der evangelischen Arbeitervereine, der christlichen Gewerkschaften, über den Gewerkschaftsverband bieten weitere Artikel. Dazu kommt ein langer Abriss über die für die Arbeiter wichtigste Literatur. Reiches Kalendermaterial und ein praktisches Notizbuch auf gutem Schreibpapier vervollständigen den Inhalt. Das gut gebundene Buch kostet 60 Pf. für ein Exemplar, ab 15 Exemplare 45 Pf. und ab 30 Exemplare 40 Pf. ohne Porto und ist zu beziehen von der Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland, C. B. zu Berlin N. W. 87, Zile Hardenbergstr. 28. (Z. B. A. Roabit 8941.)

Arbeiterkalenderbuch für das Jahr 1912. Herausgegeben von dem Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. 264 Seiten. Preis fakturiert 40 Pf., gebunden in Leinenband 50 Pf., von Vereinen in Partien bezogen billiger. Verlag der Germania Alt.-Ge., Berlin C. 2.

Der mit seinem ersten Kongress 1912 zu Pfingsten machtvoll in die große Öffentlichkeit getretene Kartellverband der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands lädt soeben im Verlag der Germania Alt.-Ge. in Berlin sein Taschenbuch für 1913 erscheinen. Wenn schon die früheren Jahrgänge dieses herausragend redigierten Buches für Arbeiter und Arbeiterfreunde einen so wertvollen Inhalt bargen, daß sie eine kleine sozialpolitische Handbibliothek darstellen, so übertrifft der neue Band sie alle. Es steht nicht nur die Vorräte der bisherigen Bücher auf, sondern es ist in ihm in großer Übersichtsdarstellung dargelegt, welche Richtung der Frankfurter Arbeiterversammlung der Arbeit der Vereine gegeben hat, welche standeshaltenden Kräfte sie pflegen müssen, welcher Grundgedanke sie leiten muß. Dadurch erhält das Buch gewissermaßen den Charakter eines Lehrbuches und es gehört in die Hand eines jeden Arbeitervereinsmitgliedes.

Wirtschaftspolitische Tagessagen. Heft 1: Die Wiederaufbau ist außerer Wirtschaftspolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Agent- und Eigentüme. gr. 8° (30) 20 Pf. postfrei 25 Pf. R. Gleibach 1912, Volksvereins-Verlag GmbH. Heft 2: Grundlagen und Regelung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes. gr. 8° (24) 20 Pf. postfrei 25 Pf. R. Gleibach 1912, Volksvereins-Verlag GmbH.

Die augenfälligste aktuelle Frage der Fleischsteuerung hat neuerdings das ganze Problem unserer Lebensmittelversorgung aufgeworfen. In diesem Buch bringt das vorstehend angezeigte Heft 2 der „Wirtschaftspolitischen Tagessagen“: „Grundlagen und Regelung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes.“ Untersucht werden die hauptsächlichsten Gründe, die zu Angaben der Lebensmittelpreise vornehmlich im letzten Jahrzehnt geführt haben, und erörtert die Maßnahmen, die von den im Bereich kommenden Faktoren hinsichtlich einer besseren Versorgung unseres Volkes mit Nahrungsmitteln zu treffen sind. Zug gesammelt hängt die Frage unserer Lebensmittelversorgung mit unserer gesamten Wirtschaftspolitik. Hat sich diese im Verlauf der letzten 35 Jahre bewährt, und wie weit ist sie in Zukunft beizuhalten? Das ist die Frage, die das 1. Heft der „Wirtschaftspolitischen Tagessagen“ zu beantworten sucht, und zwar an dem Beispiel der Agent- und Eigentüme. Mit der neuen Serie: „Wirtschaftspolitische Tagessagen“, kommt der Volksverein einem wichtigen Bedürfnis entgegen, indem er die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Schaffung neben der sozialpolitischen immer mehr Platz gewidmet.

Protokoll des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften. Der außerordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 26. Nov. in Essen hat durch seine Begrüßung wie durch seine Tagessitzung die Öffentlichkeit in jenseitigen Tage beeindruckt. Bei einziger späteren Er-

örterungen über diese bedeutsame Tagung wird man zweckmäßig den offiziellen vollständigen Bericht über die Verhandlung zu grunde legen. Dieser Bericht ist sofort nach dem Kongress erschienen: „Protokoll des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands; abgehalten am 26. Nov. 1912 in Essen. (Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstr. 14.) Das Protokoll enthält den genauen topographischen Werksat der auf der Essener Tagung gehaltenen Reden: a) Das Referat von Generalsekretär Stegerwald über: Die christlichen Gewerkschaften und päpstliche Enzyklika; b) die Diskussion zu diesem Bericht und den gesetzten Beschlüssen. — Für die grundsätzliche Beurteilung der christlichen Gewerkschaften wie als wertvolles Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt wird die vorliegende Schrift von bleibendem Wert sein. Der Preis des Protokolls beträgt im Buchhandel 30 Pf. Die Mitglieder unseres Verbandes erhalten durch die Bahnhofstellen bezogen das Exemplar zum Preise von 10 Pf. Den Zahlstellen liefern der Gewerkschaftsverlag 100 Stück für 9 M.; 1000 Stück für 80 Mark.

Aus der Tapezierer-Bewegung.

Dieser Bericht mußte wegen Raumangels in der Vereinigung hier untergebracht werden.

Essen. Im Fall Schneider haben wir wieder einmal recht deutlich ersehen können, mit welchen Elementen wir es im sozialdemokratischen Tapeziererverband zu tun haben. Erst wird verdächtigt, und dann, wenn dieselber eine Tracht Prügel ausgeteilt werden, und dabei ein minder Beteiligter etwas reichlich bedacht wird, dann läuft man noch obendrein zum Radi. Nachfolgend eine Berichtigung aus Nr. 48 des roten „Korrespondenzblattes“ die beweist, daß nicht nur unsere Kollegen den „Genossen“ als Freiwillig gelten, sondern alle, die aus irgend einem Grunde nicht in das rote Horn tuen:

In Nr. 46 des „Korrespondenz-Blattes“ befindet sich ein Versammlungsbericht aus Essen, welcher sich auch mit meinen Person und den Zuständen bei der Firma Freudenberg befaßt. Soviel Behauptungen, soviel Unwahrheiten sind in diesem, anscheinend aus sehr persönlichen Motiven heraus verfaßten Bericht enthalten. Es ist unwohl, daß ich in meiner gehobenen Stellung schalte und walte, wie es mir beliebt. Wahr ist, daß ich Anordnungen treffe, wie sie jeder geordnete Werkstattbetrieb ohne weiteres erforderlich.

Es ist unwohl, daß ich meinen früheren Kollegen das Pfeifen und Singen verboten habe. Diese singen und pfeifen auf der Werkstatt noch genau wie früher. Wahr ist dagegen, daß ich zu einem älteren Kollegen, welcher schwach in der Arbeit ist und mehrere Male unbrauchbare Arbeit wieder ändern mußte, sagte: „Wenn ich in der Arbeit so unsicher wäre wie Sie, würde ich meine Gehalts mehr auf die Arbeit richten und nicht den ganzen Tag singen und pfeifen.“

Unwohl ist es, daß ich mich durch Anstreben auszeichne. Wahr ist es, daß ich einem Kollegen, welcher als langsame Arbeiter bekannt ist, bei einer schriftlichen Arbeit wieder andern mußte, ohne daß der Betreffende Anstalten mache, dem nachzukommen. Die Arbeit konnte in der festgesetzten Zeit bequem geleistet werden.

Unwohl ist es, daß ich als Lohnräder bereits bereit Riesiges geleistet hätte. Dieses wurde selbst von einem der am meisten gegen meine Person interessierten Kollegen als Blödsinn bezeichnet, nachdem er den Artikel gelesen hatte. Wahr ist dagegen, daß ich einem Kollegen, welcher bei der Einstellung 60 Pf. Stundenlohn verlangte, sagte, daß er sie auch bekommen könne, wenn seine Leistungen dementsprechend seien. Dieses war nicht der Fall und so wurde der betreffende Kollege seinen Leistungen entsprechend bezahlt.

Was nun meinen Austritt aus dem Verband betrifft, nachdem ich bei der Firma den kleinen Posten erwältigt hatte, möchte ich folgendes richtigstellen. Erstens hatte ich den Posten nicht erwählt, sondern ich hatte ihn schon früher vor Beginn meiner 1½ jährigen Krankheit bekleidet. Die Firma war so human, mir den Posten wieder anzubieten, nachdem ich wiederhergestellt war. Der Empfang auf der Werkstatt, welcher mir bei meinem Neueintritt bereitet wurde, ferner das Verhalten der Kollegen meiner Person und meinen Anordnungen gegenüber (sie schauten sich nicht, in gehässiger persönlicher Art meine eben überstandene lange Krankheit gegen mich auszuspielen), veranlaßten mich, meiner Organisation unter persönlichem Bedauern den Rücken zu lehren. Diese Kollegen haben es scheinbar nicht gelernt, Worte und Taten in richtigem Einklang zu bringen. Bisweilen dieses Verhalten geht, lehrt zur Genüge der Artikel in Nr. 46. Als den betreffenden Kollegen gefragt wurde, die Unterlagen zu den in dem Artikel erwähnten Veröffentlichungen zu bringen, waren sie dazu nicht imstande. Damit vergleiche man die gehässige, meine Person verächtlich machende Aufmachung des Versammlungsberichtes, und man wird einen Begriff von der Kollegialität dieser Leute bekommen haben. Mag Gerbert.

So redet ein ehemaliges Mitglied. Das ist charakteristisch für die Zustände in der hiesigen Filiale des sozialdemokratischen Tapeziererverbandes.

Adressenveränderungen.

Stricker. V. Josef Koerter, Kirchstraße 19. **Kasern** im Fichtelgebirge V. Josef Schreyer, Schnath Str. 107.

Eingelegte Konvexe für Nähte, Schatullen und Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pf. in Briefmarken. Zahlreiche Anwendungsschreiben.

Gustav Biller, Margarete Heidelberg, Theaterstraße 7.

In Kreisstadt Norddeutschland, ist Lederhalle halber, sofort die Stelle eines

Geischäftsführers

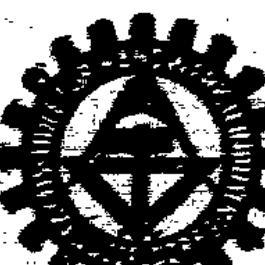
einer kleinen Färberei mit besserer Privatforschung zu besetzen.

Ältere, erfahrene Betriebskollegen, denen an selbständiger Stellung gelegen, wollen sich beim Verbandssekretariat Hannover, am Kanonenwall 16, schriftlich melden.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER

(44 Std. wöch.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchhaltung, Briefwechsel, Wechsellese, Rechnen, Kalkül, Fläche- u. Körperberech., gewerb. Geschäftskd., Stell- u. Formular, Mat., Werkz., Maschinekde., Praktikum, Fachzeichn.). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTERPRÜFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4½ Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahrs und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.



Bleistifte

Metermasse, Notizbücher

liefern zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert u. gut. Muster-Sortiment von Bleistiften geg. Einzahlung v. 1 M. in Briefmarken. Lieferant der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter. H. Melchers, Köln-Nippes Bülowstr. 17.

Wir führen ordentliche und solide

Büroenmauer

(Schreibtisch mit Büroloch) gegen guten Lohn auf konkrete Arbeit.

Kauf finden zwei Beschreiber für Belegschaften dieser Schäftigung.

Sehrte & Co., Büromaterial, Frankfurt.